# Der Zürcher Kunststreit

Licht in die Kunstsammlung Bührle! Mit dieser Forderung setzte die Interessengemeinschaft Transparenz (IG Transparenz) in Zürich für die Aufarbeitung des sogenannten Kunsthaus-Bührle-Komplexes ein. Im Januar 2021 überreichte sie der Stadtpräsidentin Corine Mauch eine Petition mit rund 2000 Unterschriften. Damit kam eine wichtige öffentliche Debatte in Gang. Diese wurde von zahlreichen Akteur\*innen vorangetrieben: von den Autoren der Buchpublikationen "Schwarzbuch Bührle" und "Das kontaminierte Museum", von den Zeitschriften Republik, WOZ und tachles mit ihren Recherchen und pointierten Stellungnahmen sowie von ehemaligen Mitgliedern der Bergier-Kommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Viele weitere kritische Stimmen meldeten sich zu Wort, nicht zuletzt aus der jüdischen Gemeinschaft.

Die folgende, chronologisch gegliederte Dokumentation der Ereignisse und der Medienberichterstattung zeigt, wie sich der Streit um die Eingliederung der Sammlung Bührle in den neuen Erweiterungsbau des Kunsthauses Zürich in der Öffentlichkeit entwickelte. Sie versteht sich als Beitrag zur fortdauernden Auseinandersetzung mit Raubkunst, Fluchtgut und anderen verfolgungsbedingten Verlusten vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heinz Nigg

Zürich, 9.3.2023

#### November 2020

## **Ausgangslage**

2015 hatte eine Autorengruppe das «Schwarzbuch Bührle» herausgegeben. Darin heisst es: Die Kunstsammlung von Bührle kann nur Freude machen, wenn immer auch an die Vergangenheit erinnert und gezeigt wird, wie die Bührle-Sammlung zustande kam. Seit November 2020 liegt nun eine neue Studie über den Waffenfabrikanten Bührle und dessen Kunstsammlung vor. Sie wird an einer Medienkonferenz vorgestellt. Prof. Matthieu Leimgruber von der Uni Zürich und sein Team beleuchten Bührles Werdegang vom jungen Fabrikdirektor zum Chef der bedeutendsten Schweizer Rüstungsfirma: gesellschaftlicher Aufstieg, die Entstehung seiner Kunstsammlung. Bührle zog Nutzen aus der Notlage verfolgter Jüdinnen und Juden, die ihre Kunstwerke verkaufen mussten, schreibt Leimgruber in seinem Forschungsbericht. Der Unternehmer hat zudem von Zwangsarbeit profitiert. Da die Zusammenhänge zwischen Waffenhandel, Raub- und Fluchtkunst im Fall Bührle nun geklärt sind, müsse Stadt und Kanton Zürich ein Zeichen setzen.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) sagt an der Medienkonferenz: Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, auch an die dunklen Flecken in der Geschichte zu erinnern. Die Forschung muss ins kollektive Gedächtnis der Bevölkerung dringen, sonst nützt sie wenig. Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch relativiert: Es ist nicht Sache von Stadt und Kanton, wie das Kunsthaus die Vermittlung von Bührles Vergangenheit gestaltet. Mauch hat jedoch klare Erwartungen an das Museum. Sie werde genau beobachten, wie das Kunsthaus die Erkenntnisse an sein Publikum weitergibt. Die Museumsbesucherinnen und -besucher sollen spüren, dass Zürich verantwortungsvoll mit der Sammlung Bührle umgeht.

#### Dezember 2020 bis Januar 2021

## **Lancierung einer Petition**

Zusammen mit einer Gruppe besorgter Kunstfreundinnen und Kunstfreunde beschliesst die neu gegründete IG Transparenz, einen offenen Brief an die Stadtpräsidentin Corine Mauch aufzusetzen. Die Gruppe wählt die Form einer Petition, um ihrem Schreiben Gewicht zu geben. Zum Kern der IG Transparenz gehören Autoren des «Schwarzbuch Bührle» und der grüne Gemeinderat Markus Knauss. Titel der Petition: Licht in die Kunstsammlung Bührle!

### Die Forderungen:

- Ein Dokumentationsraum wird der Sammlung Bührle vorgelagert.
- Er ist unentgeltlich zugänglich und auch für Schulklassen geeignet
- Unabhängige Expertinnen und Experten beleuchten auf anschauliche Weise die Verflechtungen von Waffengeschäft, Kapital und Kunst am Fall von Emil G. Bührle.
- Sie zeigen auch auf, wie der Unternehmer von Zwangsarbeit in Deutschland profitierte.
   Das Archiv der Sammlung Bührle ist für alle zugänglich.
- Der Leihvertrag zwischen der Zürcher Kunstgesellschaft und der Stiftung Bührle wird offengelegt.
- Alle im Kunsthaus Z\u00fcrich ausgestellten und gelagerten Kunstwerke werden in Bezug auf ihre Herkunft \u00fcberpr\u00fcft.
- Stadt und Kanton Zürich erteilen weitere Forschungsaufträge, um folgende Punkte zu klären:
   Selbstdarstellung der Stiftung Bührle in der Öffentlichkeit, Umgang der Stiftung mit ihrem Archiv,
   Verflechtungen der Stiftung mit der Zürcher Kunstgesellschaft.<sup>1</sup>

Auf Grund der Presseberichterstattung im Gefolge der Veröffentlichung der Leimgruber-Studie könnte der Eindruck entstehen, dass die IG Transparenz mit ihren Forderungen an die Stadt Zürich, beim Kunsthaus und der Bührle-Stiftung offene Türen einrennt. Dem ist jedoch nicht so. Doch dass die Kunsthausleitung schon einmal eine "Doku-Ecke" plus eine halbe A4-Seite Wandbeschriftung in Aussicht stellt, zeigt, dass die Petition bereits Wirkung zeigt.

Die Veröffentlichung des Leihvertrags zwischen der Stiftung Bührle und dem Kunsthaus lässt auf sich warten. Die Zürcher Kunstgesellschaft (ZKG) ist zwar als Leihnehmerin ein privater Verein, wird aber zum grössten Teil mit jährlichen Subventionen der Stadt Zürich, also von Steuergeldern, alimentiert.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Annik Hosmann: Druck auf das Kunsthaus. Offener Brief einer Interessengruppe, in: <u>Tages-Anzeiger</u>, <u>9.12.2020</u>

Auch die Bührle-Stiftung mauert. Die Recherchen der Stiftung über die Herkunft ihrer Kunstwerke (Provenienz) bleiben rudimentär und parteigebunden. Zudem fehlt der historische und personelle Kontext der Transaktionen. Die IG Transparenz erwartet eine Überprüfung durch unabhängige Experten. Ein weiteres Beispiel von Abhängigkeit: Das Kunsthaus kündigt eine Buchpublikation über die Kunstwerke der Stiftung Bührle an. Autor des Buchs ist Bührle-Stiftungsdirektor Herr Gloor. Das Buch erscheint im Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft. Dessen Direktor Herr Fayet ist wiederum Mitglied des Stiftungsrats der Bührle-Stiftung.

Anlässlich einer Ausstellung von Bührle-Bildern in Lausanne im Jahr 2017 teilte die Bührle-Stiftung in einem Presse-Communiqué mit: Die Herkunft der 633 Werke der Gesamtsammlung (auch jene der beiden Privatsammlungen, die nicht ins Zürcher Kunsthaus kommen) ist geklärt, die Daten zugänglich. Die Medien übernahmen diese Meldung gutgläubig. Dabei liegt lediglich eine Inventarliste aller Werke mit Ankaufsjahr und Preisen vor. Zu einer seriösen Provenienzforschung gehören neben der Aufzählung von Handwechseln vor allem die Analyse der historischen Zusammenhänge und Recherchen zu den Lebensgeschichten der Vorbesitzerinnen und Vorbesitzer der gehandelten Kunstwerke.

Online auf Zoom diskutiert die IG Transparenz im Januar 2021, wie nach der Übergabe der Petition an die Stadtpräsidentin von Zürich der Druck auf das Kunsthaus und die Behörden aufrechterhalten werden kann.

## Übergabe der Petition

Die Petition wird von 2500 Personen unterzeichnet. Die Übergabe an Stadtpräsidentin Corine Mauch findet am 27. Januar 2021 statt, dem Gedächtnistag der Befreiung des KZ Auschwitz. So stellt die IG Transparenz die Verbindung her zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und den Bildern der Stiftung Bührle im neuen Erweiterungsbau des Kunsthaus Zürich.<sup>2</sup>

Die IG Transparenz und ein Vertreter des Vereins «Stolpersteine Schweiz» gedenken gemeinsam der Opfer, die ursprünglich in Zürich wohnhaft waren. An der Stampfenbachstrasse 75 war das die Familie Rothschild mit Sara 'Selma', Armand Frédéric und Jula. Und an der Clausiusstrasse 39 Léa Berr mit ihrem Söhnchen Alain. Gerahmte Fotos der Verstorbenen werden bei den Stolpersteinen auf das Trottoir gestellt. Der Historiker Jakob Tanner würdigt das Schicksal der Opfer<sup>3</sup>. Die Aktion wird mit Video dokumentiert. Weiter führt der Weg vor den neuen Erweiterungsbau des Kunsthaus Zürich. Vor dessen Eingangsportal wird an die Besitzerinnen und Besitzer von Raub- und Fluchtkunst erinnert, an ihre materiellen Verluste und ihr Schicksal als Verfolgte und Exilierte: Max Emden, Alexander Lewin, Johanna, Max und Alfred Silberberg, Martha und Berthold Nothmann und die Familie Ullstein. Vor dem Höllentor von Rodin beim alten Zürcher Kunsthaus, das 1947 von Emil G. Bührle gestiftet worden war, erläutert Tanner den Zusammenhang von Waffenproduktion und dem Umgang mit Raubkunst und Fluchtgut vor und während dem Zweiten Weltkrieg. Der grüne Gemeinderat Markus Knauss erläutert auf dem Heimplatz die Pläne für dessen Umgestaltung zu einem Ort der Begegnung. Er wünscht sich einen neuen Namen für den Ort: einen Max-Frisch-Platz. Vor dem Stadthaus überreicht die IG Transparenz die Petition mit den Unterschriften zusammen mit den gerahmten Fotos der Opfer<sup>4</sup>.

# September - Oktober 2021

#### Kontaminiert

Am 9. Oktober 2021 wird der Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthauses mit Emil Georg Bührles Kunstsammlung eröffnet. Davor erscheint unerwartet die Publikation «Das kontaminierte Museum» des Historikers Erich Keller, der auch gelegentlich für die WOZ schreibt. Das Buch ist unerwartet entstanden, weil Keller bis zu seinem Ausstieg selbst Teil des Forschungsprojekts der Universität Zürich war, das unter der Leitung von Matthieu Leimgruber die Geschichte von Bührles Sammlung untersucht hat. Unerwartet ist das Buch aber auch vom Inhalt her. Keller legt nicht einen zweiten

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zur Übergabe der Petition der IG Transparenz im Januar 2021: Catherine Hickley: An arms dealer casts a shadow over Kunsthaus Zurich, in: <u>The Art Newspaper 27.1.2021</u>

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. dazu die Website des Vereins «Stolpersteine Schweiz» und die Publikation «entrechtet – beraubt – erinnert»

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Link zum Video: https://vimeo.com/505567429

Forschungsbericht vor. Vielmehr zeichnet er nach, wie die Bilder des Nazi-Waffenlieferanten Bührle ins Kunsthaus gelangten und was dies für die Erinnerungspolitik bedeutet.

Keller kommt zum Schluss, dass die Erinnerung der Schweiz an die eigene Verwicklung in den Nationalsozialismus und den Holocaust schwach ausgeprägt und damit verletzlich ist. «Umso stärker stehen öffentliche Institutionen in der Verantwortung, die massgeblich an der Vermittlung und Verbreitung von Geschichtsbildern beteiligt sind», schreibt Keller. «Das ist die Verantwortung, der sich das Kunsthaus als kontaminiertes Museum entzieht.»

Emil Georg Bührle war als Deutscher nach dem Ersten Weltkrieg in die Schweiz gezogen. Das hatten schon Thomas Buomberger, Guido Magnaguagno und ihre Mitautoren im «Schwarzbuch Bührle» aufgezeigt. Er machte in Zürich steile Karriere als Produzent von Kriegswaffen. Als Mitglied des Freikorps Roeder hatte Bührle an der brutalen Niederschlagung der kommunistischen Aufstände im Berlin um den Jahreswechsel 1918/19 teilgenommen. Er verdiente mit der von ihm aufgebauten und 1937 in seinen Alleinbesitz gebrachten Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon gigantische Summen, indem er Waffen nach Grossbritannien, China, Äthiopien und vor allem auch Nazi- Deutschland verkaufte. Über eine weitere in Velten bei Berlin gegründete Firma bezog er Lizenzgebühren aus einer Maschinengewehrfabrik. Hunderte KZ-Insassinnen mussten dort für ihn Zwangsarbeit leisten. Und nicht nur das: Bührle kaufte während des Dritten Reiches auch Kunst, die durch die Verfolgung jüdischer Kunstsammler auf den internationalen Markt gekommen war.<sup>6</sup>

Nicht nur in der Schweiz ist der aus Pforzheim stammende Zürcher Waffenhändler und Kunstmäzen Emil G. Bührle ein ebenso berühmter wie berüchtigter Mann: Ein hessischer Lehrerausbildner mit Kriegserfahrung begrüsste in den 1970er Jahren einen Schweizer Gast mit dem Satz: "Beim Russlandfeldzug waren Sie ja mit Bührles Kanonen auch dabei." Die Frage des Gastes, wie genau er das meine, liess der hessische Beamte offen. Aber Bührles Mithilfe bei der illegalen Aufrüstung der deutschen Reichswehr zwischen 1936 und 1945 sowie die gleichzeitige Entstehung seiner beachtlichen Kunstsammlung blieben ein Thema auf der politischen Tagesordnung über die sogenannte Neutralitätspolitik der Schweizer Regierung.<sup>7</sup>

## Wer bezahlt die Rechnung?

Bezahlt wurde der 206 Millionen Franken teure Neubau zu 43 Prozent von Privaten und Stiftungen. Die restlichen 57 Prozent der Kosten teilten sich Stadt und Kanton Zürich. Die Zürcher Kunstgesellschaft – ein Verein, der auf seine private Trägerschaft stolz ist – besitzt nun also ein neues Museum, das zu mehr als der Hälfte vom Staat erbaut wurde. Ohne die staatlichen Betriebsbeiträge von bald über 12 Millionen Franken im Jahr würde das Kunsthaus gar nicht funktionieren.<sup>8</sup>

Die politischen Einsätze könnten höher nicht sein. Die Eröffnung der Kunsthaus-Erweiterung, deren Hauptfunktion darin besteht, die Sammlung der Bührle-Stiftung zu beherbergen, ist der wichtigste erinnerungspolitische Akt der offiziellen Schweiz seit der Veröffentlichung des Schlussberichts der sogenannten Bergier-Kommission im Jahr 2002. Der Waffenindustrielle Emil G. Bührle ist das wirkungsmächtigste Symbol des moralischen Versagens der Eidgenossenschaft im Zweiten Weltkrieg. Allen Beteiligten musste klar sein, dass ein kritischer, verantwortungsvoller und transparenter Umgang mit diesem toxischen Erbe die Bedingung dafür ist, dass Kunstwerke aus der Bührle-Sammlung in einem öffentlich subventionierten Museum gezeigt werden können.

## Das Kunsthaus dokumentiert

Im Chipperfield Bau sind vier private Sammlungen untergebracht, die Zürich zum Ruf einer international bekannten Kunststadt verhelfen sollen. Eine der Sammlungen ist die vom Emil G. Bührle. Wegen ihrer umstrittenen Herkunft wird ihr zu Aufklärungszwecken ein Dokumentationsraum angehängt.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Kaspar Surber: Kunst und Krieg. Den Bührles stets zu Diensten, in: WOZ, 23.9.2021

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Tobias Timm: Die Kunst des Waffenhändlers, in: Die Zeit, 4.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Rudolf Walther: Zürcher Standortmarketing, in: <u>taz</u>, 6.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Christoph Heim: Das Kunsthaus verkauft sich, in: Tages Anzeiger, 6.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Daniel Binswanger (Text) und Andrea Ventura (Illustration): Der Kunsthaus-Deal («Bührle-Connection», Teil 1), in: Republik, 9.10.2021

Der Kunsthaus-Direktor, der die Dokumentation selbst inszeniert hat, ist mit seiner Darstellung von Bührles Geschichte so frei umgegangen wie ein Gastgeber, der eine Rede auf einen Gast mit düsterer Vergangenheit halten muss: mit viel Diplomatie. Die zehn klein gedruckten Schrifttafeln und die kleinen Fotos an den Wänden des Dokumentationsraums muten mehr wie Packungsbeilagen von Medikamenten an, denn als Bilder einer Ausstellung. Und sie bräuchten wohl die Mahnung eines Bundesamts, um vom Ausstellungspublikum vollständig gelesen zu werden. Kommt hinzu, dass Kunsthaus-Direktor Becker und sein Team die toxischen Fakten nur selektiv auflisten: kein Wort von Bührles Steuertricks, dafür umso mehr von seinen Spenden. Kein Wort von den getürkten Ausfuhrbescheinigungen, mit denen er die Behörde über die Endabnehmer seiner Waffen irreführte. 10

Bührles Mitgliedschaft im paramilitärischen Freikorps Roeder fehlt genauso wie sein Profitieren vom Rüstungshunger Nazi-Deutschlands und von dem schrecklichen Leid der jüdischen Sammler, das den Kunsthandel während des Krieges so florieren liess. In den zahlreichen Werbebroschüren, die das Kunsthaus und die Stadt Zürich im Vorfeld zur Eröffnung drucken liessen, wird die Sammlung Bührle reingewaschen und als Mittel zum Stadtmarketing erhoben. Darin heisst es etwa: "Damit wird Zürich neben Paris die bedeutendste Kollektion des französischen Impressionismus und Postimpressionismus auf dem Kontinent bieten – ein Quantensprung für den Kulturplatz Zürich und die Schweiz."

Der Dokumentationsraum zur Geschichte der Sammlung Bührle ist wirklich verunglückt. Man muss nicht zu denen gehören, die am liebsten in Büsserhaltung durchs Kunsthaus schlurfen und die Sammlung Bührle auf dem Kunstmarkt sehen möchten, um zu sagen: So geht es nicht! Der Doku-Raum ist in eine Ecke mit Aussicht auf den Kunstgarten gedrängt. Das Sofa, das da herumsteht, dient wohl der beschaulichen Naturversenkung. Denn es gibt weder Lese- noch audiovisuelle Materialien.<sup>12</sup>

Man fragt sich, wo der Mut geblieben ist, die Sammlung Bührle als Teil der Zürcher Geschichte aufzuarbeiten. Will man es vor allem den Leihgebern der Privatsammlungen rechtmachen? Diese könnten sie nämlich den Verträgen gemäss bereits Ende 2034 wieder abziehen, wenn ihnen der Umgang damit nicht behagt. Die Öffentlichkeit, die mit ihrem Ja zur Sammlung Bührle und zum neuen Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthaus einen Anspruch auf eine umfassende Darstellung hat, wird das Kunsthaus an eben diesem Anspruch messen. Es kann auch sein, dass die Öffentlichkeit bald keine Bührle-Bilder im Kunsthaus sehen will.<sup>13</sup>

## Aufklärung erwünscht

Es ist zweifelhaft, wie weit es der Bührle-Forschung überhaupt um historische Wahrheit geht. Im Zentrum scheint stattdessen die Bewahrung der Sammlung und die Verhinderung von Restitutionen zu stehen. Nach der Abwicklung der Raubkunstfälle in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben die Bührle-Erben zwar sehr extensive "Abklärungen" zu potenziellen Rückgaben finanziert, aber nie mehr auch nur ein einziges Werk tatsächlich restituiert. Diese Provenienzforschung ist nicht abgeschlossen. Erst in Zukunft wird sie seriös betrieben werden können. Stadt, Kanton und Kunstgesellschaft stehen in der Verantwortung, die Aufklärung endlich zu ermöglichen, die sie spätestens 2012, bei Abschluss des Leihvertrags mit der Bührle-Stiftung, entschlossen und konsequent hätten in die Wege leiten müssen. 14

## November 2021

#### Alles neu!

Es ist Zeit für Antworten. Für wissenschaftliche Aufklärung. Für saubere Prozesse. Es gibt keinen Grund, weshalb diese Antworten nicht gegeben werden sollten. Es bräuchte dazu allerdings den politischen Willen. Alles muss neu angegangen werden. Oder vielmehr: Die Institutionen müssen damit anfangen, Ernst zu machen mit ihrer Verantwortung. Nicht nur Stadt, Kanton, Universität und Kunsthaus stehen in der Pflicht, sondern auch der Bund. Es ist keine lokale Angelegenheit, wenn das

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Res Strehle: Zürcher Kunsthaus vergibt eine Chance, in: Tages Anzeiger, 8.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Laura Weissmüller: Neubau mit Altlast, in: Süddeutsche Zeitung, 10.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Gerhard Mack: Im neuen Kunsthaus ist die Sammlung der Star, in: NZZ am Sonntag, 9.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Philipp Meier: Sammlung Bührle: Wo ist der Mut geblieben? Einen Waffenhändler soll man auch so nennen, in NZZ, 13.10.2021

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Daniel Binswanger: Die Bührle-Blackbox: Aufklärung unerwünscht («Bührle- Connection», Teil 2), in: Republik, 19.10.2021

grösste Schweizer Kunstmuseum frontal gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen verstösst, zu denen sich die Eidgenossenschaft mit den Erklärungen von Washington und von Theresienstadt bekannt hat.

Warum gibt es in der Schweiz bis heute keine unabhängige Kommission, die in Restitutionsfragen ein qualifiziertes Urteil abgeben kann, was eine faire und gerechte Lösung ist? Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Österreich und die Niederlande haben solche Instanzen eingerichtet. Es gibt keinen legitimen Grund, bei Raub- und Fluchtkunst eine Sonderfall-Neurose zu pflegen. Das Kunsthaus-Desaster führt eindrücklich vor Augen, welcher Preis dafür zu zahlen ist. Wenn die Bührle-Connection an etwas keinen Zweifel lässt: Die Einrichtung einer Kommission für Restitutionen ist unumgänglich. Die Schäbigkeit wird sonst kein Ende finden. 15

## Die Forderungen der Ex-Bergier Kommission

Die ersten Touristen schwärmen bereits vom neuen Zürcher Kunsthaus. Die Stadt darf sich über eine bauliche Attraktion freuen. Doch hinter den Kulissen mit den weissen Mauern klebt eingetrocknetes Blut. Das jedenfalls ist die Überzeugung einer ebenso angesehenen wie illustren Gruppe von Historikerinnen und Historikern. Diesen wurde während ihrer Arbeit in der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg (UEK), der sogenannten Bergier-Kommission, der Zugang zu den Akten der Sammlung verwehrt, wie die Gruppe am Sonntag in einem Schreiben öffentlich gemacht hat: "Als Historikerinnen und Historiker sind wir verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen. Die aktuelle Präsentation der Sammlung Bührle im neuen Zürcher Kunsthaus wirft grundlegende Fragen auf" und sei ein Affront gegenüber potenziellen Opfern von Raubgut:

- Wir fordern von der Stadt und dem Kanton Z\u00fcrich eine Weiterf\u00fchrung der historischen Forschung im Zusammenhang mit der Sammlung B\u00fchrle sowie eine Evaluation der durch die Stiftung geleisteten Provenienzforschung durch eine unabh\u00e4ngige und neutrale Expertenkommission.
- Wir fordern vom Kunsthaus Z\u00fcrich, dass der Dokumentationsraum zur Sammlung B\u00fchrle von unabh\u00e4ngigen Expertinnen und Experten auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes und die Sammlung sowie die Geschichte der ehemaligen Besitzer und Besitzerinnen eingehend kontextualisiert werden.
- Wir fordern vom Bund die Einsetzung eines unabhängigen Gremiums, das zwischen Anspruchsberechtigten sowie Sammlerinnen und Sammlern, Museen oder anderen bewahrenden Institutionen eine gerechte und faire Lösung für alle Beteiligten im Sinne des Washingtoner Abkommens vom 3.12.1998 sowie der Theresienstädter Erklärung vom 30.6.2009 vermittelt.

Die Stadt und der Kanton Zürich, das Kunsthaus und die Bührle-Stiftung, die über die Zürcher Kunstgesellschaft eng miteinander verflochten sind, stellten sich bisher gegenüber Kritik taub. Aufgrund der UEK-Stellungnahme hält Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, eine unabhängige Evaluation der Provenienzforschung nun aber plötzlich für "angezeigt". Und auch SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat es eilig. "In den nächsten Wochen" will sie das Vorgehen für weitere Forschungsarbeiten festlegen. Dabei wird sich zeigen, ob sich das Kunsthaus bewegt. Ein Druckmittel, so Mauch, sei der neue Subventionsvertrag, der sich derzeit in Aushandlung befinde. Es ist offensichtlich: In der Bührle-Auseinandersetzung wollen sich gerade alle auf die richtige Seite retten. 17

## Gegenangriffe

In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» geht Lukas Gloor, Direktor der Stiftung Kunstsammlung E.G. Bührle, in die Offensive. Dass Stadt und Kanton die Ergebnisse seiner Provenienzforschung durch externe, unabhängige Experten prüfen lassen wollten, sei befremdlich, sagt er. Der Zürcher Stadtrat habe diesen Entscheid getroffen, ohne dass mit der Stiftung vorher der Kontakt gesucht worden sei. Inhaltlich sei von einer solchen Evaluation nichts Neues zu erwarten, sagt Gloor – und macht deutlich, dass die Geduld der Stiftung bald am Ende sein könnte. «Unsere Stiftung hat sicher nicht zum Ziel, zur Dauerbelastung für das Kunsthaus und für Zürich zu werden», sagt er im «Sonntags-Blick». Auf Nachfrage verwahrt er sich entschieden gegen die im Online-Magazin «Republik» aufgestellte Behauptung, es gebe Vereinbarungen zwischen der Trägerschaft des

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Daniel Binswanger: Zürich forscht («Bührle-Connection», Teil 3), in: Republik, 6.11.2021

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Forderungen der ehemaligen Mitglieder der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), in: Klein Report, 8.11.2021

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Kaspar Surber: Raus aus der Zürcher Provinz, in: WOZ, 11.11.2021

Kunsthauses und der Bührle-Stiftung, gemäss denen einzelne Werke von weiteren Provenienzuntersuchungen ausgeschlossen seien: «Das ist ebenso wahrheitswidrig wie unsinnig», sagt Gloor. Solche Anschuldigungen dienten nur dazu, die Provenienzforschung der Stiftung zu diskreditieren.<sup>18</sup>

Inzwischen geht es um Schadensbegrenzung. Lukas Gloor, der Direktor der Bührle-Stiftung, der sich auf Ende Jahr pensionieren lässt, scheint in einem Interview mit dem «SonntagsBlick» offen mit dem Gedanken zu spielen, die Bilder der Bührle-Stiftung aus dem Kunsthaus zurückzuziehen. Er sagt auf Anfrage, dass die Bilder als Leihgabe im Museum seien, nicht als Geschenk. Die Stiftung könne es nicht akzeptieren, dass der Staat sich nun anmasse, sich um die rechtlichen Aspekte zu kümmern. «Damit wird die Autonomie der Stiftung und des Kunsthauses infrage gestellt, und dann haben wir ein Problem», sagt er und betont gleichzeitig, dass die Rede von einem Rückzug der Sammlung eine Zuspitzung sei, die er so nie autorisiert habe. Björn Quellenberg, Pressesprecher des Kunsthauses, will sich nicht zu Spekulationen äussern und sagt, dass der Leihvertrag eine Ausstiegsklausel enthalte, die einen Rückzug frühestens im Jahr 2034 erlaube. 19

## ... und Beschwichtigungen

Die Kunsthaus-Leitung schliesslich übt sich in der Kunst des Appeasements. Alles nicht so wild, sagt der Direktor Christoph Becker mit routinierter Nonchalance. Selbstverständlich, über die Sammlung Bührle dürfe und müsse diskutiert werden. Das Kunsthaus sei für Fragen offen. Das stimmt. Nur Antworten darf man nicht in jedem Fall erwarten. Vor allem dann nicht, wenn es um die Herkunft von Bildern geht, die Emil Bührle zwischen 1936 und den ersten Nachkriegsjahren erworben hat. Die Stiftung stellt sich auf den Standpunkt, die Provenienzen aller Werke seien aufgearbeitet. Tatsächlich geben der Katalog der Sammlung und die Aufstellung auf der Website der Stiftung detailliert Auskunft über Handänderungen, soweit sie eruiert werden konnten. Doch über die Umstände, unter denen die Verkäufe zustande kamen, erfährt man nichts. Und lückenlos sind die Nachweise in vielen Fällen auch nicht. Es gibt Leerstellen, offene Fragen. Einzelne können vielleicht einmal beantwortet werden, andere vielleicht nie. Deshalb müssen die Projekte offengehalten werden, auch für Dritte. Es geht schliesslich nicht nur um Wissenschaft. Sondern in vielen Fällen um Unrecht. Um Kunst, die vom NS-Regime verfolgten Menschen gestohlen wurde. Oder um Kunstwerke, die zwar gekauft wurden, deren Verkäufer aber auf der Flucht waren und möglicherweise unter Bedingungen verkauften, denen sie unter normalen Umständen nie zugestimmt hätten. Weil ihnen der Zugriff auf ihr Vermögen verwehrt war und sie dringend Geld brauchten. Solche Fälle gibt es auch in der Sammlung Bührle. Vieles ist bekannt. Aber nicht alles. Und es ist ein Akt der Redlichkeit, das zuzugeben. Umso mehr, wenn die Sammlung in einem öffentlichen Museum präsentiert wird und die Steuerzahler die Betriebskosten für die als Leihgabe im Kunsthaus deponierten Bestände finanzieren. Da wiegt der Vorwurf schwer, den das Online-Magazin «Republik» in einer umfangreichen Recherche erhoben hat: Der Vertrag zwischen Stiftung und dem Kunsthaus halte fest, dass für Fragen der Provenienz allein die Stiftung Sammlung E. G. Bührle zuständig sei. Die Leihgabe der Stiftung Bührle ans Kunsthaus ist eben nicht nur ein Geschenk, sondern auch eine Verpflichtung. Für beide Seiten. Die Sammlung Bührle ist keine Kunstsammlung wie jede andere. Weil Emil Bührle kein Sammler wie jeder andere war. Dass sie in einem öffentlichen Museum gezeigt wird, ist eine Chance. Nicht nur, weil sie ein Ensemble von Werken von Weltrang umfasst, sondern weil sie es verdient, beispielhaft aufgearbeitet zu werden.20

#### An die Opfer erinnern

Während in den Medien vor allem über Provenienzforschung und den Dokumentationsraum in der Sammlung Bührle gestritten wird, veröffentlicht die IG Transparenz zusammen mit dem Ethnologen Heinz Nigg ein Video über Opfer des Nationalsozialismus mit Bezug zu Zürich: «entrechtet – beraubt – erinnert». Es lädt alle an Kultur, Gesellschaft und Geschichte Interessierten ein, sich am Beispiel von Zürich mit dem Verhältnis der Schweiz zum Nationalsozialismus in seinen verschiedenen Dimensionen auseinanderzusetzen. Das Video zusammen mit Buch liefert Denkanstösse für den Unterricht und für Gedenk- und Erinnerungsanlässe an den Holocaust. Die Premiere findet am 21. November 2021 im Kulturzentrum Kosmos in Zürich statt.<sup>21</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Ribi, Thomas: Stiftung Bührle droht, die Sammlung zurückzuziehen, in: NZZ 15.11.2021

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Christoph Heim: Gloor: «Ich habe nie mit dem Abzug der Bilder gedroht», in: Tages-Anzeiger 15.11.2021

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Thomas Ribi: Es ist Zeit, die Bücher ganz offenzulegen, in: <u>NZZ: 19.11.2021</u>

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> IG Transparenz zusammen mit Heinz Nigg: Video und Buch «entrechtet – beraubt – erinnert» (20 Min.), auf: www.remembered.ch / Premiere Livestream

## Der Druck steigt – auch international

Das Kunsthaus Zürich kommt nicht zur Ruhe. Vielmehr steigt der Druck nach der Eröffnung des Erweiterungsbaus von Mitte Oktober immer weiter an, die Herkunft der ausgeliehenen Werke der umstrittenen Sammlung Bührle unabhängig prüfen zu lassen. Zähneknirschend hatte die Stiftung zunächst erklärt, sich nicht gegen die von der Stadt und vom Kanton Zürich sowie von Historikern erhobene Forderung stellen zu wollen. Doch nun verlangt Historiker und Ex-Bergier-Kommissionsmitglied Jakob Tanner auch die Offenlegung des Leihvertrags zwischen der leihgebenden Stiftung und der Stiftung des Kunsthaus Zürich. Zudem fordert er, die neuen Abklärungen zur Herkunft der Bilder seien durch die öffentliche Hand und nicht mehr durch eine Stiftung und damit Private zu finanzieren. Damit soll Interessenkonflikten vorgebeugt und die Unabhängigkeit gewährleistet werden.<sup>22</sup>

In der «Sonntagszeitung» dagegen wird das Kunsthaus Zürich gleichentags für seinen Umgang mit der Sammlung des früheren Nazi- Waffenlieferanten Emil Georg Bührle in Schutz genommen. Kunsthändler Walter Feilchenfeldt bezeichnet die «ständigen Angriffe» gegen das Museum in dem Artikel «völlig absurd». Seine Familie musste einst selbst vor den Nazis flüchten und verkaufte in der Not im Zweiten Weltkrieg via einen Kunsthändler Bührle ein Gemälde. Dafür sei seine Kunsthändler-Familie dem umstrittenen Schweizer Industriellen dankbar gewesen, sagt der heute 82-Jährige. «Das erhaltene Geld war für meine Eltern von existenzieller Bedeutung», wird Feilchenfeldt in dem Artikel zitiert. Bührle habe einen fairen Preis bezahlt.<sup>23</sup>

Der Bührle-Skandal hat nicht nur eine lokale, sondern auch eine nationale und internationale Dimension. Er wirft ein Schlaglicht auf Versäumnisse der Schweiz im Umgang mit Kulturgütern, die zu Zeiten der NS-Herrschaft unter zweifelhaften Umständen die Hand wechselten. Nicht umsonst haben sich vor knapp drei Wochen die ehemaligen Mitglieder der Bergier-Kommission, darunter zahlreiche international renommierte Historiker, mit einem dringenden Appell an die Öffentlichkeit gewandt. Ihre wichtigste Forderung: Auch der Bund muss aktiv werden. Die Schweiz braucht eine nationale beratende Kommission für Restitutionsfragen. Die Frage, ob eine Verkaufstransaktion von «Fluchtkunst» korrekt und marktgerecht verlief – und die Handänderung deshalb als legitim zu betrachten ist - oder ob sie missbräuchlich und «konfiskatorisch» war, ist häufig schwierig aufzuklären. Ihre Beantwortung erfordert nicht nur eine genaue Rekonstruktion der Provenienz, also der konkreten Besitzerwechsel, sondern muss auch die Erforschung der genauen biografischen Umstände, unter denen die Verkäufer handelten, und eine Einschätzung der Geschäftsbeziehungen in ethischer Hinsicht zwischen Käuferin und Verkäufer umfassen. Die Beurteilung solcher Fälle ist anspruchsvoll. Es wäre deshalb wünschenswert, dass sich auch in der Schweiz ein gualifiziertes Expertengremium dieser wichtigen Aufgabe annimmt. Der SP-Nationalrat Jon Pult will deshalb nun eine Motion lancieren, um den Bundesrat zum Handeln aufzufordern. Er will eine permanente, unabhängige Experten-kommission einrichten, die solche strittigen Fälle beurteilen und Empfehlungen abgeben kann.<sup>24</sup>

#### Dezember 2021

# Raphael Gross: Was sind NS-verfolgungsbedingte Verluste?

Solche emotionalen Debatten zu historischen Fragen finden regelmässig in fast allen europäischen Ländern statt. Die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust wirkt stark in unsere Gegenwart hinein. Das gilt auch für Staaten, die nicht von den Nazis besetzt waren – wie die Schweiz, die aufgrund ihrer geografischen Lage zwangsläufig mit dem «Dritten Reich» verstrickt war. Die Verantwortlichen in Zürich haben diesen historischen Kontext unterschätzt, sonst hätten sie anders gehandelt. Es wurde über ein Jahrzehnt geplant und sicher auch viel über heikle Fragen nachgedacht. Aber anscheinend nicht genug. Bei der Bührle-Sammlung kommen zwei Elemente zusammen, die heute zum Verlust eines guten Rufes führen können: Öffentlich finanzierte Museen müssen einen hohen ethischen Anspruch haben bei ihren Kriterien, welche Güter oder Gelder sie annehmen. Das ist seit Jahren ein internationales Phänomen. Denken Sie nur an die Kritik, die laut wurde am Sponsoring der Tate-Galerien in London durch den Ölgiganten BP oder an der mäzenatischen Unterstützung von amerikanischen und britischen Museen durch die Sackler-Familie, die für die Opioid-Krise

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Samuel Thomi: Bührle-Sammlung: Historiker Tanner fordert Offenlegung des Leihvertrags, in: Luzerner Zeitung, 21.11.2012

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Rico Bandle: «Ich fände es völlig unmoralisch, das Bild zurückzufordern», in: Sonntagszeitung, 20.11.2021

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Daniel Binswanger: Der Bührle-Skandal erreicht das Bundeshaus, in: Republik, 26.11.2021

verantwortlich gemacht wird. Bei Bührle stammt das Geld für seine Bilder ja auch nicht aus dem Verkauf von Schokolade, sondern von Waffen, die während der Weltkriegsjahre vor allem nach Nazi-Deutschland exportiert wurden. Jedes Museum muss für sich entscheiden, ob es eine solche Leihgabe mit seinem Selbstbild vereinbaren kann. Und dann kommt noch die Frage des Umgangs mit Kulturgütern hinzu, die aus einem historisch heiklen Kontext stammen könnten. Im Falle der Bührle-Stiftung heisst das: NS-verfolgungsbedingter Verlust. Kann man für diese Zeit wirklich von freiwilligen Kunstverkäufen sprechen und von Marktpreisen? Die Sensibilitäten sind in dieser Frage im Fluss. Mit dem Washingtoner Abkommen wollte man nur den unmittelbaren Entzug von Kulturgütern durch die Nationalsozialisten wiedergutmachen. Seit dem Abkommen von Theresienstadt ist der Tenor, dass das nicht genügt. Wenn jemand vor den Nazis in die Schweiz flüchtete und dort dann seine Bilder verkaufte, weil er seinen Lebensunterhalt bestreiten musste oder in ein Drittland weiter zu emigrieren gezwungen war, dann muss man sagen: Wären die Nazis nicht gewesen, wäre die Person nicht jüdisch gewesen, hätte sie ihre Bilder nicht verkauft.<sup>25</sup>

## Stadtpräsidentin nimmt Stellung

Fragen an die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch: Diese Debatte kommt doch zu spät. Die hätte doch vor der Eröffnung beziehungsweise vor der Abstimmung 2012 geführt werden müssen.

Stadtpräsidentin Corine Mauch: Die Thematik Bührle war in der Tat schon im Abstimmungskampf 2012 ein grosses Thema. Dass er Waffenproduzent gewesen ist und Nazi-Deutschland beliefert hat, wusste man damals schon, und es wurde medial und an Podiumsdiskussionen intensiv diskutiert. Es war damals schon klar, dass es eine Leihgabe sein würde. Auch dass die Stadt eine Kontextualisierung verlangt, war klar und in der Abstimmungszeitung enthalten.

Nur wurde nicht transparent gemacht, dass Bührle ein Nazi- Kollaborateur, der Waffenproduzent des NS-Regimes war und Zürich die Sammlung trotzdem unter entsprechender Dokumentation ausstellen wollte. Die Stimmbevölkerung war darüber nicht wirklich informiert. In den Abstimmungsunterlagen wird das alles unter nötiger Provenienzforschung in einem Wort subsumiert.

Das ist falsch. Und die Debatte wurde auch in den Medien, im Stadtparlament und bei Podien damals über mehrere Jahre hinweg geführt. Was jetzt anders ist: Das Archiv wurde zusammen mit den Werken ins Kunsthaus überführt, und die Verantwortung für die Provenienzforschung ist von der Stiftung ans Kunsthaus übergegangen. Uns wurde bis heute aus Fachkreisen – die von diesem Metier etwas verstehen – wiederholt versichert, dass Lukas Gloor gute und den wissenschaftlichen Standards entsprechende Provenienzforschung für die Stiftung betrieben habe. Wir nehmen die heutigen kritischen Stimmen aber ernst und sie lösen bei vielen Menschen eine Verunsicherung aus. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, aus unabhängiger Warte die bisher durchgeführte Forschung zu evaluieren. Diese Forderungen unterstützen wir.

Wer ist nun dafür zuständig, wie geht es weiter?

Stadtpräsidentin Corine Mauch: Grundsätzlich ist die Zürcher Kunstgesellschaft zuständig, die Verantwortung für die Provenienzforschung ging auf sie über. Aber die Stadt will durchaus ihren Teil dazu beitragen; wir sind im intensiven Austausch mit zahlreichen relevanten Akteuren – zu verschiedenen Themen schon längere Zeit auch mit dem SIG, seit Ende Oktober spezifisch zur Bührle- Thematik. Oberstes Ziel der Evaluation muss sein, die Unabhängigkeit und höchste wissenschaftliche Qualität zu gewährleisten.<sup>26</sup>

## Stimmen aus der Jüdischen Community

Die Stadt Zürich ist nicht nur Standort eines bekannten Kunsthauses, inklusive 200 Millionen-Franken-Erweiterungsbau, sondern sie ist auch Heimat der schweizweit grössten jüdischen Community. Rund 5000 religiöse Jüdinnen und Juden leben in Zürich. Dazu eine unbekannte Anzahl Menschen mit jüdischen Wurzeln. Ihre Stimme in der Causa Bührle ist momentan noch eher leise. Dabei entzündet sich die Debatte vor allem an der Frage, ob manche dieser Werke zur Zeit des Naziregimes

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Marc Tribelhorn: Streit um Bührle-Sammlung: «Die Verantwortlichen in Zürich haben den historischen Kontext unterschätzt». Interview mit Raphael Gross, Direktor des Deutschen Historischen Museums, in: NZZ, 3.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Yves Kugelmann und Gisela Blau: Geht's um Emotionen oder Fakten? In: <u>ta</u>chles, 3.12.2021

unrechtmässig aus jüdischem Besitz erworben wurden. Als sogenanntes Fluchtgut. Das sind Kunstwerke, die geflüchtete, verfolgte Juden in die Schweiz brachten und dort verkauften, um sich mit dem Erlös ihren Lebensunterhalt, ihre Weiterreise und ihr Exil zu finanzieren. Auch einige Bilder der Bührle-Sammlung stehen unter Verdacht, Fluchtgut zu sein.

Jacques Lande ist Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ). Die ICZ ist mit rund 2500 Mitgliedern die grösste jüdische Gemeinde in der Schweiz und religiös breit abgestützt. Ihm sei wichtig, sagt Lande, dass jede und jeder sich einen eigenen Eindruck von der Ausstellung verschaffe. «Die Bilder sind im Kunsthaus am richtigen Ort.» Zentral sei aber die Kontextualisierung. Damit meint Lande den Dokumentationsraum, der sich seitlich beim Eingang der Ausstellung befindet. Darin wird die Lebens- und Werkgeschichte Bührles aufgezeichnet. Etwa seine Verstrickungen zum NS-Regime wie auch Angaben zu seinen Waffengeschäften, die damals vom Bund bewilligt wurden. Lande kritisiert die Dokumentation als unvollständig. So bleibt etwa die Übernahme eines jüdischen Schweizer Textilkonzerns in den 1940er-Jahren durch Bührle unerwähnt. Der Unternehmer profitierte dabei von günstigen Konditionen, weil die jüdische Besitzerfamilie vor den Nationalsozialisten in die USA flüchten musste. Eine der Fabriken erlangte vergangenen August posthume Bekanntheit. Der «Beobachter» machte damals bekannt, dass Hunderte Mädchen für Bührle Zwangsarbeit verrichten mussten. Lande vom ICZ wie auch der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) fordern, dass der Dokumentationsraum um solche Episoden ergänzt und weiterentwickelt wird.

Am 18. November trafen Lande und SIG-Präsident Ralph Lewin Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) zu einem Gespräch. Lewin kennt die politischen Prozesse als langjähriger SP-Regierungsrat im Kanton Basel-Stadt gut. Die Delegation legte Mauch ihre Anliegen dar:

- Verstärkte Herkunftsforschung der Bührle-Bilder durch unabhängige Expertinnen und Experten.
- Eine verstärkte Verantwortung des Kunsthauses betreffend historische Forschung in der Sammlung Bührle.
- Weiterentwicklung des Dokumentationsraums.
- Sogenanntes Fluchtgut müsse umfassend abgeklärt werden und allenfalls restituiert werden.
- Verwendung des Begriffs «NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter» statt Fluchtgut.

Seit einem Besuch bei Stadtpräsidentin Mauch sind weitere Forderungen durch den SIG dazugekommen, die nicht nur das Zürcher Kunsthaus betreffen, sondern Museen in der ganzen Schweiz. Etwa die Schaffung einer unabhängigen Kommission des Bundes für die Erforschung und Rückgabe von Kulturgütern, wie sie auch die Bergier-Kommission fordert und wie es sie in Ländern wie Frankreich, Deutschland oder Österreich bereits gibt, wie der SIG in einer Medienmitteilung Ende November schrieb.

In der jüdischen Community kursiert bereits ein potenzieller Name für die Präsidentschaft einer solchen Kommission: Raphael Gross. Der jüdische Historiker stammt aus Zürich und präsidiert derzeit das Deutsche Historische Museum. Auf Anfrage dieser Zeitung sagt er, das Interesse freue und ehre ihn: «Ich würde mich sicher dafür interessieren.» Es sei jedoch an anderen, über eine sinnvolle Zusammensetzung einer Kommission zu entscheiden.

Historiker Gross hat auch eine Erklärung dafür, weshalb sich die jüdischen Stimmen im Fall Bührle bisher eher leise zu Wort meldeten. Jüdische Gemeinden würden sich seiner Erfahrung nach oft zurückhaltend verhalten, wenn solche Konflikte aufbrechen. «Man fürchtet, antisemitische Gefühle zu wecken, wenn man sich zu sehr exponiert.» Dahinter stecke eine Überzeugung, dass man diese quasi entfache, wenn man sich selbstbewusst zur Wehr setze. Umso ernster könne man die unzweideutigen Stellungnahmen des SIG und der ICZ nehmen und eine seriöse Abklärung der Bührle-Sammlung fordern.<sup>27</sup>

## Was ist der Bührle-Zürich-Komplex?

Frage an den Historiker Matthieu Leimgruber, der eine Studie über Bührle verfasst hat: Sie benutzen ein Wortmonster: den Bührle-Zürich-Komplex. Was meinen Sie damit?

Matthieu Leimgruber: Meine Wendung spielt auf ein Zitat an: 1939 prophezeite ein Berater dem Waffenhändler Emil Bührle, er könne mit dem Aufbau einer Kunstsammlung dafür sorgen, «dass

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Martin Sturzenegger: «Die Bilder können nichts dafür», in: Tages-Anzeiger, 4.12.2021

Bührle-Zürich zu einem Wallfahrtsort der bildenden Kunst» werde, der auf Augenhöhe mit Oskar Reinharts bedeutender Sammlung Römerholz in Winterthur sei.

Und was bedeutet «Komplex»?

Matthieu Leimgruber: Damit meine ich die vielfältigen Verflechtungen Emil Bührles mit der Zürcher Elite. Er war kein Aussenseiter, wie immer wieder gern behauptet wird, sondern über zahlreiche Netzwerke bestens mit der Stadt verknüpft. Er war verbandelt mit den «Finanzprätorianern», der Finanzelite der damaligen Grossbanken, welche die Zürcher Kunstgesellschaft dominierten. Er war befreundet mit Nazi-Sympathisanten und konnte Politiker aller Couleur für seine Anliegen mobilisieren. Bührle hat mit vier Stadtpräsidenten zusammengearbeitet, drei davon waren Sozialdemokraten.

Spielen Sie mit dem «Komplex» auch auf das heutige Zürich an?

Matthieu Leimgruber: Genau, auf die Intrigen, Macht- und Hahnenkämpfe, die ich als Exot aus der Romandie beobachten konnte. Aber reden wir über die Sache: Bührle war zwar ein skrupelloser Opportunist, der profitierte, wo er nur profitieren konnte, von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft natürlich besonders. Mit den Sowjets machte er nach 1945 nur keine Geschäfte, weil er sonst keine mehr mit den USA hätte machen können. Aber man will bis heute nicht sehen, dass Bührle ein Produkt der Zürcher Eliten ist, ohne die sein Aufstieg nicht möglich gewesen wäre. Es ist paradox: Die Quellen, welche diese Verflechtungen belegen, sind vorhanden, aber man bleibt auf Bührle fixiert. Die Forderung nach einer kritischen Provenienzforschung, nach der minuziösen Rekonstruktion der Geschichte einzelner Bilder, ist notwendig. Dagegen habe ich nichts, im Gegenteil. Aber diese berechtigte Empörung sollte eben nicht vom Bührle-Zürich-Komplex und den noch kaum bekannten Strukturen und Figuren der damaligen Kunstmärkte ablenken.<sup>28</sup>

#### Fake News...

Nach dem selbstverschuldeten Debakel beim Neustart mit Erweiterungsbau schaltet das Kunsthaus nun auf Gegenangriff, unter anderem mit einer Inseratenkampagne «Fakten statt Fake News – Erfahren Sie mehr über die Sammlung Emil Bührle im Kunsthaus Zürich. Das neue Digitorial bietet Informationen und Hintergründe». Da insinuieren schlaue Marketingköpfe für die mit öffentlichen Geldern geförderte Institution, dass die Medienberichterstattung zur Causa Bührle «Fake News» und die in unzähligen Recherchen zutage geförderten Belege für Bührles Nazi-Kollaboration, seine Zwangsarbeiter, seine rechtsextreme politische Agitation und sein Kriegsgewinnlertum Teil einer faktenwidrigen Kampagne seien. Wenn PR-Berater, Kommunikationsabteilungen oder Spindoktoren erstmals losgelassen sind, die öffentliche Meinung auf Werbe- und anderen Plattformen zu manipulieren, statt freie, unabhängige Forschung zuzulassen, dann ist das allenfalls eine Steilverlage für vertieftes Hinschauen und den fragenden Konjunktiv, da zu viele Fragen im Raum stehen und Antworten fehlen.<sup>29</sup>

#### **Druck aus Bern**

Die Nachricht aus dem Kunstmuseum Bern schlägt ein: Gestern Morgen gab es bekannt, wie es mit dem Gurlitt-Erbe weiter verfahren will, nachdem Experten die Herkunft von rund 1600 Werken überprüft hatten. So viel steht fest: Die Berner ändern ihre Politik grundlegend. Das hat unmittelbare Folgen: Die beiden Aquarelle «Dompteuse» und «Dame in der Loge» von Otto Dix sollen zurückgegeben werden – obwohl ihre Herkunft nicht restlos geklärt ist.

Der Ansatz, Kunstwerke zurückzugeben, bei denen es Zweifel zur Herkunft gibt, gilt nicht nur für die Gurlitt-Sammlung. Die Direktorin Nina Zimmer sagte zu SRF: «Wir werden mit derselben Haltung an die Fälle herangehen, die sich aus der Forschung zu unserer Sammlung ergeben.»

Das sind ganz neue Töne. Hiesige Museen sträuben sich, solche Werke zurückzugeben. Für den Raubkunstexperten Thomas Buomberger steht fest: «Der Berner Entscheid ist ein Paradigmenwechsel.» Das könnte auch Folgen für Zürich haben – und die Bilder der Bührle-Sammlung, die neu im Kunsthaus hängen. Diese ist schon lange umstritten. Vor allem die Herkunft

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Urs Hafner und Martina Läubli: Interview mit dem Historiker Matthieu Leimgruber: Kunsthaus-Streit: «Man will bis heute nicht sehen, dass Bührle ein Produkt der Zürcher Eliten ist», in NZZ am Sonntag, 4.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Yves Kugelmann: Konjunktiv-Ballade vom Blutgeldblues, in: tachles, 10.12.2021

der Werke – und ob der Waffenhändler Emil Bührle (1890–1956) von der Notlage von Menschen profitierte, die vom Hitler-Regime verfolgt wurden. Bereits erhoben Erben Ansprüche auf Werke. Die Bührle-Sammlung weigerte sich bisher, von sich aus welche herauszugeben.<sup>30</sup>

Bern geht hier in einer Frage voran, die sich auch andere Museen stellen müssen. In welchem Umfang sehen sie sich in der Pflicht, im Sinn des Washingtoner Abkommens zu handeln? Allein, weil der Begriff Fluchtgut eine von der Bergier-Kommission geprägte historische Kategorie und kein Rechtsbegriff ist, fühlen sich immer wieder Museen in der Schweiz zu keinen Schritten in Richtung einer «fairen und gerechten Lösung» veranlasst.

Die Verpflichtung gegenüber der Erklärung von Theresienstadt betrifft aber nicht nur das öffentliche Kunstmuseum Bern, sondern etwa genauso das überwiegend mit öffentlichen Geldern mitfinanzierte Kunsthaus Zürich. Und dieser Frage muss es sich nun auch bezüglich der Sammlung Bührle objektiv und nüchtern stellen. Bisher hat sich die Stiftung Bührle zwar vorbildlich um die Raubkunst-Fälle gekümmert, nicht aber um die Fluchtgut-Fälle. Als private Einrichtung ist das ihr gutes Recht. Und dies ist der Punkt: Das Kunsthaus hat heute nicht die Kompetenz inne, zu handeln, da die Sammlung Bührle nicht Teil der hauseigenen Bestände ist, sondern es sich hier um eine Leihgabe handelt.

Es muss aber im Interesse des Kunsthauses liegen, Ordnung und Transparenz zu garantieren, was die unter seinem Dach versammelte Kunst betrifft. Das Kunsthaus sollte nun endlich seine Bedingungen formulieren und durchsetzen. Zum Beispiel: Was bei uns ausgestellt wird, muss eine lückenlose Provenienz vorweisen können. Bilder mit Verdacht auf Raubkunst oder Fluchtgut wollen wir nicht haben.

Eine solche Haltung würde die grosse Mehrheit der Werke der Sammlung Bührle nicht einmal tangieren. Das Allermeiste in dieser hervorragenden Kollektion ist clean. Wenn eine solche Handhabung bisher aber nicht möglich gewesen war, könnte der Grund dafür im Leih-Vertrag zu finden sein, der das Kunsthaus mit der Bührle-Stiftung unterzeichnet hat. Um zur Beruhigung der Debatte um die Bührle-Sammlung beizutragen, sollte das Kunsthaus diesen nun offenlegen und gegebenenfalls überarbeiten.

Darin könnte nicht nur festgelegt werden, dass die bisher von der Stiftung geleistete Provenienzforschung von unabhängiger Stelle einer Revision unterzogen wird. Darin könnte auch verankert werden, dass dieselben Massstäbe, die das Kunsthaus für seine eigenen Bestände befolgt, wenn es um NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter geht, auch für die in seinen Räumen beherbergten Werke der Sammlung Bührle gelten sollten.<sup>31</sup>

## Das Kunsthaus bockt

Medienkonferenz vom 15. Dezember 2021. <sup>32</sup> Das Kunsthaus will jetzt zusammen mit der Stiftung Bührle in die Offensive gehen und der anhaltenden Kritik mit Transparenz und konstruktiven Anpassungen begegnen. Die Kritik der vergangenen Wochen sei angekommen, die Forderungen seien verstanden worden, heisst es vonseiten des Direktoriums. Dies ist allerdings zu bezweifeln. Fehlt es am Willen, oder hat man einfach nicht das richtige Sensorium? Am Heimplatz gibt man sich jedenfalls weltfremd und hat kein Gehör für die berechtigten Anliegen im Umgang mit der Sammlung Bührle. Das Kunsthaus laviert und redet sich aus der Sache heraus. Die Zeichen der Zeit hat es nicht erkannt.

Die Stiftung Bührle ist der Überzeugung, dass es hierzulande keinen durch die Verfolgung der Nazis bedingten Grund gegeben habe, dass sich jüdische Flüchtlinge von ihrem Hab und Gut trennen mussten. Wer dies tat, um seine – von Schweizer Behörden mitunter ultimativ geforderte – Weiterreise zum Beispiel in den sicheren Hafen der USA zu finanzieren, habe dies tun können, so die Folgerung aus der Position der Bührle-Stiftung, dank einem freien Markt, der auch für Güter wie Kunstwerke bestanden habe.<sup>33</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Rebecca Wyss: Bern gibt Gurlitt-Werke zurück – und setzt Zürich unter Druck, in: Blick, 10.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Philipp Meier: Sammlung Bührle: Das Kunsthaus Zürich muss endlich Transparenz schaffen und das Zepter für seine Ausstellungspolitik übernehmen, in: NZZ, 14.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Videoaufnahmen der Medienkonferenz durch die IG Transparenz, 15.12.2021, Link: Vimeo 15.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Philipp Meier: Zürcher Kunststreit: Die Kritik stösst auf taube Ohren, in: NZZ, 15.12.2021

Man gewann den Eindruck, dass die Verantwortlichen des Kunsthauses, der Trägerschaft und der Bührle-Stiftung von ihren bisherigen Positionen am liebsten keinen Millimeter abrücken würden. Zu stark scheinen sie überzeugt zu sein, alles richtig gemacht zu haben.

Wie uneinsichtig die Vertreter des Kunstmuseums und der Bührle- Stiftung weiterhin sind, zeigte sich aber auch, als der scheidende Direktor der Bührle-Stiftung, Lukas Gloor, in einer Art Abschiedsshow nochmals während fast einer halben Stunde die bereits bekannten Ergebnisse seiner Forschung vorstellte – und wie bis anhin zum Ergebnis kam, dass keines der Bührle-Bilder eine problematische Provenienz aufweist.

Geradezu schlagend wirkte das Handeln contre cœur, als Stiftungspräsident Alexander Jolles sich komplett vergaloppierte: Anders als das Kunstmuseum Bern, das kürzlich zwei Bilder aus der Gurlitt-Sammlung zurückgab, liess Jolles den Begriff «des NS-verfolgungsbedingten Entzugs» nicht gelten. In der Schweiz habe es «keine staatliche Verfolgung» von Juden gegeben. Die Situation sei hierzulande eine ganz andere gewesen. Juden hätten in der Schweiz nicht um ihr Leben fürchten müssen. Ausserdem hätten während des Zweiten Weltkriegs Millionen Menschen in der Schweiz und anderswo «weitergelebt» und «ordentlichen Handel» betrieben. Auch dies müsse berücksichtigt werden.<sup>34</sup>

Historiker werden Jolles die Fakten zur effektiven Situation etwa von abgewiesenen, deportierten, ausgelieferten, enteigneten Juden in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges nachliefern können oder er mag sich vielleicht mal die relevanten Bücher zum Thema bestellen. Vielleicht auch zu den Arbeitslagern in der Schweiz, zum Spitzelsystem, zu Verrat, Behördenfaschismus, zur Rothmund'schen Judenpolitik und so fort. Darin wird er auch geretteten Juden begegnen, einer helfenden Zivilgesellschaft, wunderbaren Schweizerinnen und Schweizern, die der offiziellen Judenpolitik der Schweiz Stirne boten. Jolles zeigt exemplarisch eine Grundhaltung, Geschichtsblindheit und Besserwisserei, die auch in den Voten seiner Kollegen immer wieder zum Ausdruck kam, entblösst nicht nur sich, sondern auch die Eliten Zürichs, die kaschieren, gewähren lassen und sich längst zu Komplizen der Komplizen gemacht haben.<sup>35</sup>

## Mangelndes historisches Verantwortungsgefühl

Besonders schwer nachvollziehbar ist das Beharren auf einem Geschichtsbild, das die Ergebnisse der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg, die sogenannte «Bergier Kommission», in keiner Weise berücksichtigt. Dazu gehören Aussagen, die die Rolle der Schweiz als bedeutende Drehscheibe von Raubkunst und Fluchtgut relativieren. Es ist allgemeinhin bekannt und mittlerweile historisch aufgearbeitet, dass der Schweizer Staat Jüdinnen und Juden und anderen Minderheiten auch in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs zu wenig Sicherheit und Schutz bot und sie oft auch nicht vor dem Tod in von Nazideutschland besetzten Ländern bewahren konnte. Hinzu kommen Tausende von Menschen, die auf der Flucht an den Schweizer Grenzen abgewiesen und oftmals in den sicheren Tod geschickt wurden. Umso mehr kommt gerade deshalb dem Fluchtgut in der Schweiz eine so wichtige Bedeutung zu und muss jeder Einzelfall, genauso wie es bei Raubkunst gemacht wird, auf seine Provenienz hin untersucht werden. 36

### Künstlerin zieht Bilder zurück

Miriam Cahn, Basler Künstlerin von Weltruf, will ihre Bilder wegen der Causa Bührle aus dem Kunsthaus Zürich zurückziehen. In einem offenen Brief, der zuerst von der jüdischen Zeitschrift «Tachles» zitiert wurde, schreibt die 72-Jährige, dass sie als Jüdin nicht mehr im Kunsthaus vertreten sein wolle und deshalb ihre Bilder «zum Originalpreis des Ankaufs zurückkaufen» werde. Cahn reagiert damit auf eine Medienkonferenz des Kunsthauses und der Stiftung E. G. Bührle von vergangener Woche. An diesem Anlass beharrten Kunsthaus und Bührle-Stiftung auf ihren Positionen und wiesen Kritik am Dokumentationsraum und an der Provenienzforschung zurück.

Besonders hohe Wellen schlugen Äusserungen von Bührle-Stiftungs-Präsident Alexander Jolles: Der Jurist, der sich seit vielen Jahren mit Restitutionsfragen beschäftigt, erklärte an der Medienkonferenz

<sup>34</sup> Andreas Tobler: In der Bührle-Affaire ist Misstrauen weiterhin berechtigt, in: Tages-Anzeiger, 15.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Yves Kugelmann: Jolles feats. Delamuraz und Co., in: tachles, 17.12.2021

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> SIG News: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG) kritisiert zweifelhaftes Geschichtsbewusstsein rund um die Bührle-Sammlung, auf: SIG Website, 16.12.2021

vor einer Woche, dass alle Ansprüche auf Bilder aus der Bührle-Sammlung verjährt seien. Und dass nicht jedes Rechtsgeschäft, das ein jüdischer Emigrant in der Schweiz, in den USA oder in einem anderen nicht besetzten Gebiet während des Zweiten Weltkriegs getätigt hat, «primär einmal als verfolgungsbedingt erzwungen betrachtet werden kann». Vielmehr müsse auch zur Kenntnis genommen werden, dass es während der Zeit des Zweiten Weltkriegs auch «einen ordentlichen Handel» geben habe. «Millionen von Leuten haben im Krieg gelitten, haben ihr Leben verloren, haben ihr Hab und Gut verloren, aber Millionen haben weitergelebt und in einem ordentlichen normalen Handel weitergelebt, in der Schweiz und anderswo. Das muss auch berücksichtigt werden», sagte Jolles.

Auf diese Äusserungen von Alexander Jolles reagiert nun die Künstlerin Miriam Cahn: Sie zitiert Jolles mit den Worten, dass «Millionen Juden gestorben, aber auch Millionen gelebt und Handel getrieben hätten». Als Jüdin denke sie nicht daran, «den üblen Inhalt dieser Bemerkungen von Herrn Jolles zu entschlüsseln – erkläre Antisemiten niemals ihren Antisemitismus!». Cahn kritisiert aber an Jolles' Äusserungen den Gebrauch von antisemitischen Stereotypen: «Aha? Gestorben? Nicht ermordet? Und Juden können es schon immer in Handel- und Geldgeschäften?»<sup>37</sup>

## Januar 2022

## Jüdischer Weltkongress interveniert

Zu Beginn dieser Medienorientierung hat Christoph Becker einen Vortrag gehalten, in dem er ausführlich die Bemühungen des Kunsthauses darlegte. Dazu zählte er eine Reihe von Personen auf, mit denen er in der Vorbereitung des umstrittenen Informationsraums zur Sammlung Bührle im Rahmen eines «Screening» gesprochen habe, «das im Jahr 2020 begann»: «In diesem Screening habe ich mit rund einem Dutzend Museumskolleginnen und -kollegen Kontakt aufgenommen und mir ihre Meinung angehört, aber auch mit Ronald Lauder, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses.» Diesen Aussagen Christoph Beckers wird nun mit aller Deutlichkeit widersprochen: Ronald S. Lauder lässt über seinen Zürcher Anwalt mitteilen, dass er zu keinem Zeitpunkt mit Christoph Becker in der Sache gesprochen habe: «Tatsächlich ist Herr Lauder betreffend dem Bührle-Informationsraum nicht konsultiert worden, und er hat auch keine Aussage dazu gemacht.»

Auf die Nachfrage von Lauders Anwalt hat ihm das Kunsthaus Zürich folgende Bestätigung geschickt: «Die Dokumentation zur Kontextualisierung der Sammlung Bührle wurde 2021 erstellt. Sie wurde von einem internen Gremium und externen Expertinnen und Experten erarbeitet. Herr Lauder wurde dabei zu keinem Zeitpunkt (konsultiert) oder gar sein (Einverständnis) eingeholt.» Diente die Erwähnung des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses dazu, den eigenen Ausführungen mehr Gewicht zu geben, in dem Sinn, dass er, Christoph Becker, sich mit allen besprochen habe, selbstverständlich auch mit einer führenden Stimme, die für die Opfer des Holocaust spricht?

Wenn es dem Kunsthaus wirklich um Transparenz geht, muss es sich dringend anders verhalten. Die Pressestelle des Kunsthauses schreibt pflichtbewusst: «Christoph Becker weist die Unterstellung, er hätte die Öffentlichkeit nicht richtig informiert, ausdrücklich zurück.» Ein Direktor – das Ende seiner Amtszeit wurde im Juli für Januar 2023 bekanntgegeben –, der in einer so schwierigen Situation derart problematisch kommuniziert, sollte sich jedoch fragen, ob er seinen Job richtig macht. Einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation findet das Kunsthaus so sicher nicht.<sup>38</sup>

#### Ein Feigenblatt

Hat Christoph Becker die Referenz Lauders einfach erfunden? Was wollte er damit bezwecken? Das Verhalten des Kunsthaus-Direktors weckt Spekulationen, die Bezugnahme auf einen der prominentesten Vertreter von Holocaust-Opfern hätte als Feigenblatt dienen sollen. Umso stossender wäre dann, dass Becker auch Werner Merzbacher mehrmals als Gesprächspartner in Sachen Bührle-Dokumentation nannte.

 <sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Christoph Heim und Andreas Tobler: Künstlerin setzt Kunsthaus unter Druck – Mauch zeigt sich gesprächsbereit, in: Tages-Anzeiger, 23.12.2021
 <sup>38</sup> Gerhard Mack: Falschaussagen? Kunsthausdirektor Becker verstrickt sich in Widersprüche (mit

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Gerhard Mack: Falschaussagen? Kunsthausdirektor Becker verstrickt sich in Widersprüche (mit Gegendarstellung von Ronald Lauder, Präsident des World Jewish Congress WJC), in: NZZ am Sonntag, 1.1.2022

Merzbacher war als jüdisches Flüchtlingskind in die Schweiz gekommen und hat im Zusammenhang mit der grosszügigen Leihgabe an das Kunsthaus wiederholt bekundet, er wolle damit seine Dankbarkeit gegenüber der Schweiz zum Ausdruck bringen. Christoph Becker wiederum hatte gegenüber dieser Zeitung oft betont, seine Bemühungen um die Sammlung Bührle seien immer auch mit jenen um die Sammlung Merzbacher einhergegangen; das eine sei für ihn ohne das andere nicht denkbar gewesen. Damit wollte Becker unterstreichen, dass für ihn diese beiden Sammlungen zusammengehörten. Sie seien von Personen gegründet worden, deren je konträre Lebensgeschichten während des Zweiten Weltkriegs miteinander verbunden gewesen seien.

Christoph Beckers undurchsichtige Vereinnahmung von Ronald Lauder lässt nun argwöhnen, dass auch Merzbachers Sammlung ähnlichen Zwecken gedient haben könnte: die Brisanz der Sammlung Bührle zu entschärfen. Damit hätte der Kunsthaus-Direktor viel Porzellan zerschlagen und das Ansehen der Sammlung Merzbacher beschädigt.<sup>39</sup>

## Das Zepter übergeben!

Mitten in der Krise um die Übernahme der Bührle-Sammlung fehlt der Steuermann. Christoph Becker, der Direktor des Kunsthauses Zürich, duckt sich weg, wo er kann. Verliert seine Beherrschung bei der kleinsten Kritik. Steht nicht Rede und Antwort. Wird neuerdings gar vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Ronald S. Lauder mittels Anwalts zurechtgewiesen. Und er hat keine Vorstellung davon, wie man die Sammlung Bührle zu einem Ort schweizerischer Erinnerungskultur machen könnte.

Lassen Sie es genug sein, Herr Becker! Übergeben Sie das Zepter möglichst bald der designierten Nachfolgerin Ann Demeester! Sie kommt schon ab Februar regelmässig nach Zürich. Es braucht jetzt einen Befreiungsschlag!

Das Kunsthaus braucht jetzt einen frischen, unverstellten Blick auf seine Sammlungen, die man nochmals durchleuchten, neu kontextualisieren und eventuell zu Teilen restituieren muss. Und es sollte unbedingt Hand dazu bieten, im weitesten Sinne historische Verantwortung zu übernehmen. Warum eigentlich macht man aus dem Chipperfield-Bau nicht einen schweizerischen Erinnerungsort, der an die komplizierten Verstrickungen der Schweiz mit dem nationalsozialistischen Deutschland erinnert?<sup>40</sup>

#### Stadtrat Richard Wolff - Mahner der ersten Stunde

Wochenzeitung WOZ: Der Historiker Erich Keller schreibt in seinem Buch «Das kontaminierte Museum», Zürich habe mit der Übernahme der Bührle-Sammlung das Geschichtsbewusstsein dem Standortmarketing geopfert. Sie haben früher als Stadtforscher gearbeitet. Teilen Sie die These?

Stadtrat Richard Wolff: Ich würde diese These ins Zentrum der ganzen Geschichte stellen. Das Sechseläuten kann man in New York nicht gut verkaufen – im Gegensatz zu den Impressionisten. Und schon bewegt sich Zürich auf Augenhöhe mit Paris, London oder New York. Wenn dann aber – wie es aktuell wegen der Bührle-Geschichte passiert – von aussen Kritik aufkommt, wittert man gleich ein Komplott. Genau wie es an der Medienkonferenz vorgeführt wurde.

Als Sie noch im Stadtparlament politisierten, warnten Sie als Einziger vor der Übernahme der Sammlung. Man baue, sagten Sie 2012, ein «Monument für einen Kriegsgewinnler». Wurden die Argumente überhaupt gehört?

Nein, die verhallten weitgehend ungehört. Auch die Presse nahm sie nicht auf. In der Abstimmung wurde der Erweiterungsbau dann in der ganzen Stadt angenommen, auch in den linken Wahlkreisen. Obwohl klar war, wenn wir ehrlich sind, dass er in erster Linie für die Bührle-Sammlung gebaut wurde. Sicher, ein paar historisch bewusste Linke waren schon damals dagegen. Aber es dauerte zehn Jahre, bis die Kritik Beachtung fand.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Philipp Meier: Die Kunsthaus-Kommunikation ist ein Desaster. Ronald Lauder bezichtigt den Direktor der Falschaussage, in: NZZ, 3.1.2022

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Christoph Heim: Es reicht jetzt, Herr Becker! Übergeben Sie das Zepter an Ann Demesteer! In: Tages-Anzeiger, 2.1.2022

Sie treten bei den Erneuerungswahlen am 13. Februar nicht mehr an. Was müssen Stadt und Kanton tun, um die Verantwortung nun wahrzunehmen?

Der Dokumentationsraum muss überarbeitet werden. Am besten fände ich, man würde – als Eyecatcher – eine Bührle-Kanone im Erweiterungsbau aufstellen. Dann würde die Finanzierung der Sammlung aus Kriegsgewinnen gleich sichtbar. Der Leihvertrag zwischen dem Kunsthaus und der Bührle-Stiftung gehört endlich veröffentlicht. Es braucht eine Provenienzforschung, die von den bisherigen Beteiligten wirklich unabhängig ist. Am besten mit internationalen Expert:innen. Die 500 000 Franken, die vom Stadtparlament auf Antrag des Grünen Markus Knauss bewilligt wurden, liefern die finanzielle Grundlage für diese und weitere Forschungen. Schon jetzt, sofort, sollte direkt neben jedem Bild der aktuelle Stand der Provenienz kurz und klar erläutert werden, so wie das bei der Gurlitt-Ausstellung in Bern gemacht wurde. Schliesslich muss man über eine Schenkung der Bilder durch die Stiftung Bührle an die Öffentlichkeit nachdenken.

Ist eine solche Schenkung realistisch – und was würde sie bringen?

Vielleicht müssen wir warten, bis die Frist für die jetzige Leihgabe ausläuft. Aber ich kann mir gut vorstellen, dass sich die Diskussion in diese Richtung entwickelt: Entweder bezahlt die Stadt für den Unterhalt und die Sicherheit der Bilder und kann frei über sie verfügen und damit auch über die Darstellung der Geschichte und den Kontext, in dem die Bilder gezeigt werden. Oder die Bührle-Stiftung und die Familie Bührle bauen sich ihr eigenes «Kunsthaus» mit allen Konsequenzen.<sup>41</sup>

## ...ein Angriff auf Wolff

Wie das Beispiel mit der Kanone im Museumssaal zeigt, nimmt das Sperrfeuer allmählich auch absurde Züge an. Die prächtigen Ausstellungsstücke im monumentalen Bau verkommen zunehmend zur reinen Staffage in einer veritablen Schlammschlacht. Das ist höchst bedauerlich. Vor allem bei den linken Parteien in Zürich, insbesondere bei Wolffs Alternativen Liste und den Grünen, beschleicht einen aber das Gefühl, dass sie die «kontaminierte» Sammlung Bührle wegen ihres umstrittenen Gründers am liebsten gleich ganz vom Antlitz der Erde verbannt sähen. Man kann Parallelen ziehen zu den «Mohrenkopf»-Inschriften in der Zürcher Altstadt, die nun getilgt werden sollen. Was moralisch nicht sauber ist, muss weg. Viel intelligenter und geschichtsbewusster wäre es aber, die strittigen Punkte historisch sauber aufzuarbeiten und dem Publikum, noch besser als heute, zu präsentieren.

Die Lösungsvorschläge, die namentlich die AL bringt, sind untauglich, um nicht zu sagen dreist. Sie verlangt, dass die Bührle-Stiftung ihre Bilder der Stadt schenkt, unter anderem, damit «die ungeschönte Darstellung ihrer Geschichte» ermöglicht werde. Eine Schenkung kann man aber nicht einfordern, sondern höchstens erbitten. Das scheint der AL entgangen zu sein.

Alternativ, das meint auch Richard Wolff, könne die Bührle-Stiftung ihre Bilder ja abziehen und «ihr eigenes Kunsthaus» bauen. Für den abtretenden Stadtrat wäre das anscheinend kein grosser Verlust – für die Stadt Zürich allerdings sehr. Wenn die prachtvollen van Goghs, Monets und Cézannes in einem Archiv verstaubten oder künftig in Dubai oder andernorts gezeigt würden, wäre nichts gewonnen – im Gegenteil. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Bührles Wirken in und über Zürich hinaus wäre dann nicht mehr möglich.<sup>42</sup>

#### Stadtpräsidentin verteidigt sich

NZZ: Frau Mauch, seit die Bildersammlung des Waffenfabrikanten Emil Georg Bührle im Zürcher Kunsthaus zu sehen ist, hagelt es Negativschlagzeilen. Das «Nazi-Erbe» verfolge uns, schrieb die «New York Times». Das kann der Stadtpräsidentin nicht gefallen.

Die Stadtpräsidentin: Die Sammlung ist ins Kunsthaus übergeführt worden, wie von uns geplant und vom Volk genehmigt. Wir rechneten damit, dass eine Debatte stattfinden wird, und haben uns diese auch gewünscht. Aber ich bin überrascht, mit welcher Heftigkeit und Emotionalität sie nun geführt wird. Und ich bin irritiert, wie polemisch zum Teil argumentiert wird.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Daniela Janser und Kaspar Surber (Foto: Florian Bachmann): «Sie müssten Bührle opfern. Und das wollen sie nicht», in: WOZ, 6.1.2022

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Daniel Fritzsche: Eine Kanone im Museumssaal als Mahnmal – das Sperrfeuer im Zürcher Bührle-Streit nimmt allmählich absurde Züge an, in: NZZ, 7.1.2022

Das war doch absehbar. Wie stark die Figur Bührle noch immer Teile der Öffentlichkeit provoziert, zeigte schon die Abstimmung über den Kunsthaus-Erweiterungsbau vor zehn Jahren, die nur knapp angenommen wurde.

Ich gehe mit Ihnen einig, dass es schon früher laute Diskussionen um die Sammlung und ihren Stifter gab. Die Person Emil Bührle, sein Wirken in der Kunstgesellschaft und als Waffenfabrikant, ist eng verflochten mit der Stadt Zürich und letztlich auch mit der Schweiz. Darum eignet sich Bührle auch als starker Katalysator für die Auseinandersetzung. Ich bin überzeugt, dass die Debatte nur so heftig geführt wird, weil seine Bilder nun in einem stark öffentlich subventionierten Museum zu sehen sind. Das wäre sonst nicht passiert.

Das ist gerade der Punkt der Kritiker. Man stelle die Sammlung jetzt prominent im Bau des Stararchitekten David Chipperfield aus, obwohl sie weiterhin problembehaftet sei.

Ich will jetzt nicht auf die unsachliche Kritik einzelner Medien eingehen. Es braucht eine ernsthafte Diskussion, in der man aber auch vorwärtsschaut. Denn letztlich können wir die Vergangenheit nicht ungeschehen machen, aber wir können und müssen den Umgang damit gestalten. Das gilt nicht nur für Bührle. Die Erinnerungskultur beschäftigt die Leute auch in anderen Bereichen viel mehr als früher. Wir nehmen das in Zürich ernst – zum Beispiel bei der Aufarbeitung von Rassismus oder der Verwicklung Zürichs in die Sklaverei.

Gerade da reagiert die Stadt mitunter hypersensibel, etwa bei den «Mohr»-Inschriften an spätmittelalterlichen Fassaden. Die Opferperspektive steht dort im Zentrum. Im Fall Bührle hingegen zählt das wenig. Vor allem jüdische Kreise fühlen sich nicht ernst genommen. Pflegen Sie einen freihändigen Umgang mit der Geschichte?

So wie Sie das jetzt ausdrücken, ist es wirklich falsch. Wir nehmen in beiden Fällen die Perspektive der Opfer sehr ernst. Im Fall des M-Worts geht es um den öffentlichen Raum. Dort tolerieren wir keine rassistischen Zeichen, die demütigend wirken können. Die Sammlung Bührle wird in einem bewusst gewählten Umfeld gezeigt – und wir liefern Kontextwissen. Ich verwahre mich dagegen, dass ich verharmlosen wolle. Es ist eine Tatsache, dass die Sammlung problembehaftet ist: Bührle war Waffenhändler, belieferte Nazideutschland und wurde dadurch der reichste Mann der Schweiz. Das soll im Kunsthaus zum Ausdruck kommen. Wir haben auch klar gesagt, dass der Dokumentationsraum unter unseren Erwartungen bleibt. Sowohl der Inhalt als auch das Format muss besser werden.<sup>43</sup>

### Ein eleganter Ausweg

Im Streit um die Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus sucht die linke Stadtregierung nun den eleganten Ausweg. Am Anfang des Debakels steht ihre Gier beim Standortmarketing. Diese unglückselige Geschichte fängt schon beim Erweiterungsbau an. Wer sich erfrecht, für 206 Millionen Franken (davon waren 118 Millionen Franken Steuergelder) ein solch bombastisches Luxusgefängnis der Kunst mitten in die Stadt zu stellen, der setzt sich selbst unter gewaltigen Erfolgsdruck. Wer einen David Chipperfield entwerfen und errichten lässt, der kann nur an den höchsten Standards der Branche gemessen werden. Was sagte Christoph Becker bei seiner Berufung zum Direktor des Kunsthauses Zürich im Jahre 2000: «Ich will ein Museum von Weltrang.»

Nun, über zwanzig Jahre später, wissen wir, es klafft eine gewaltige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Kunsthaus Zürich hat es geschafft, derzeit international als desaströs geführte Institution dazustehen. Nach der Hochzeit zwischen der umstrittenen Sammlung Bührle, die einige der bedeutendsten impressionistischen Werke der Welt enthält, und dem seit dem Erweiterungsbau grössten Kunstmuseum des Landes sprechen einige schon wieder von Scheidung. Wie konnte das passieren?

Was aber wahrlich seltsam anmutet, ist die Art und Weise, wie die politisch Verantwortlichen wenige Wochen vor den Stadtzürcher Wahlen am 13. Februar versuchen, ihre Weste weisszuwaschen. Die Stadtpräsidentin wie auch ein weiterer Stadtrat haben in den letzten Tagen Interviews gegeben, in denen sie das gemacht haben, was das Kunsthaus vielleicht hätte tun müssen: sich Asche auf das Haupt streuen. Aber haben sie das wirklich getan? Nein, insbesondere Stadtpräsidentin Corine Mauch, die als langjähriges Vorstandsmitglied des Kunsthauses in der Verantwortung steht wie keine

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Marc Tribelhorn und Fabian Baumgartner: «Es ist höchst bedauerlich und ärgerlich», in: NZZ, 7.1.2022

andere Politikerin, hat die Schuld vor allem abgeschoben, auf ihre Vorgänger, auf die Stiftung – und auf den Direktor des Kunsthauses. Sie hat den ohnehin schon angeschlagenen Christoph Becker zum sofortigen Abschuss freigegeben. Die Frau hat ihren Machiavelli ganz genau gelesen.<sup>44</sup>

### Die Bührle-Sammlung verschenken?

Der Historiker Jacques Picard gehörte der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Bergier-Kommission) an. Er sagt: «Es wäre für die Beilegung des Streits um das Zürcher Kunsthaus ein enorm entlastender Schritt, wenn sich die Bührle-Stiftung aus freiem Entschluss dazu entschliessen könnte, ihre Sammlung als Donationen öffentlich mitgetragenen Museen und Kunsthäusern in Zürich und in der Schweiz zu schenken. Dies wäre die volle Erfüllung ihres Stiftungszwecks und gleichzeitig die Annahme einer neuen und würdigen Aufgabe, die darin bestehen könnte, den verpflichtenden Austausch zwischen den beschenkten Museen zu begleiten und die Erinnerung an den geschichtlichen Kontext wachzuhalten.»<sup>45</sup>

#### Kein Schlussstrich

Raphael Gross zur Bührle-Debatte. Die Diskussion um die Bührle-Bilder im Kunsthaus Zürich reisst nicht ab. Warum das gut ist, wo die Knackpunkte liegen und welche Lösungswege sich anbieten, erläutert der Schweizer Historiker Raphael Gross, der das Deutsche Historische Museum in Berlin leitet. Rücktrittsforderungen an den Kunsthaus-Direktor, Antisemitismus-Vorwürfe gegen den Präsidenten der Bührle-Stiftung und eine Künstlerin von Weltrang, die ihre Bilder nicht mehr im Kunsthaus Zürich sehen will: Die Kritik am Umgang mit den Bildern aus der Sammlung des Waffenproduzenten Emil Bührle wird immer lauter. Unter den Bildern wird auch NS-Raubkunst vermutet. Der Historiker Raphael Gross analysiert die Debatte. Er ist spezialisiert auf deutsch-jüdische Geschichte und Mitglied der sogenannten «Limbach»-Kommission, die Lösungen in strittigen deutschen Restitutionsbegehren empfiehlt.<sup>46</sup>

#### Jetzt wird gehandelt

Der Bührle-Skandal am Kunsthaus in Zürich ist ein politisches Erdbeben. Er hat Positionen und Frontlinien durcheinandergewirbelt, zum grössten globalen PR-Desaster in der Geschichte Zürichs geführt, Empörung ausgelöst, öffentlichen Druck aufgebaut. Der Skandal hat aber auch viel Positives bewirkt: Eine intensive Debatte ist in Gang gekommen. Und jetzt wird gehandelt.

Dazu gehört, dass die politisch Verantwortlichen eine unabhängige Überprüfung der Bührle-Provenienzforschung angeordnet haben. Sie unterstützen die Einrichtung einer beratenden Kommission für die Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerken. Der Leihvertrag zwischen Kunstgesellschaft, Bührle-Stiftung und Bührle-Familie soll offengelegt und neu verhandelt werden. Zudem soll der Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und dem Kunsthaus Provenienzforschung nun zur Pflicht erheben.

Auch vom Krisenmanagement des Kunsthausdirektors Christoph Becker und des Bührle-Stiftungsdirektors Lukas Gloor haben sich die politischen Instanzen inzwischen merklich distanziert. Findet also ein Paradigmenwechsel statt? Es gibt jetzt Spielraum für neue Lösungen, für die Überprüfung der Bührle-Provenienzen, für eine eidgenössische beratende Kommission in Restitutionsfragen, für einen personellen Neuanfang in der Kunsthausdirektion, der Kunstgesellschaft und vielleicht ja auch der Bührle-Stiftung.

Ob die Stadtregierung ein weiteres Mal beschwichtigen will oder endlich den ehrlichen Willen aufbringt, für «faire und gerechte Lösungen» einzutreten – auch dann, wenn es etwas kosten könnte, auch dann, wenn sie sich exponieren müsste, auch dann, wenn ein politischer Preis zu zahlen wäre –, das muss sich erst noch zeigen.<sup>47</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Peer Teuwsen: Im Luxusgefängnis der Kunst, in: NZZ am Sonntag, 9.1.2022

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Valerie Wendenburg: Bührle-Sammlung verschenken? In: <u>ta</u>chles, 21.1.2021

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Ein Radiobeitrag (26 Min.) von Ellinor Landmann: Kein Schlussstrich! Raphael Gross zur Bührle-Debatte, auf: SRF Kultur, 21.1.2022

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Daniel Binswanger: Wie geht rot-grüne Erinnerungspolitik? In: Republik, 22.1.2022

#### **Eine Monet-Erbin meldet sich**

Das Mohnblumenfeld von Claude Monet ist ein Schmuckstück der Sammlung Bührle. 1941 kaufte der Rüstungsindustrielle Emil G. Bührle das Bild für 35'000 Franken. Der Verkäufer, Hans Erich Emden, floh vor den Nazis. Heute ist das Bild über 50 Millionen Franken wert. Maeva Emden, die Enkelin des ehemaligen Besitzers, spricht in der «Rundschau» zum ersten Mal. Sie sagt, Bührle habe die Not ihres Grossvaters ausgenutzt – und macht einen überraschenden Vorschlag: Ich bin offen für Vorschläge. Ich suche eine gerechte und faire Lösung für dieses wunderschöne, impressionistische Bild. Es ist sehr beliebt und gehört in die Öffentlichkeit. Das Geld steht nicht an erster Stelle. Es geht mir auch um die Erinnerung an meinen Urgossvater Max Emden, der das Bild einst gekauft hatte. Sein bewegtes Leben als Kunstmäzen und Kaufmann soll nicht vergessen werden. 48

#### Februar 2022

### Veröffentlichung des Leihvertrags

Der neue Vertrag hält fest, dass das Kunsthaus für die Provenienzforschung zuständig ist. Und er verpflichtet es dazu, die Richtlinien der Washingtoner Konferenz von 1998 und der Erklärung von Theresienstadt (2009) anzuwenden. Die internationalen Abkommen empfehlen, im Fall von «NSbedingt entzogenen Kunstgegenständen» faire und gerechte Lösungen zu suchen – auch wenn keine rechtlichen Ansprüche mehr geltend gemacht werden können.

Das mag als kleiner Schritt erscheinen, doch es ist ein Paradigmenwechsel: Ein so klares Bekenntnis zu den heute geltenden Richtlinien im Umgang mit Raubkunst und Fluchtgut hatte man von der Stiftung Bührle bisher noch nicht gehört. Die Verantwortung für Abklärungen über die Herkunft von Bildern liegt nun in erster Linie beim Kunsthaus. Es wird sich der Aufgabe stellen müssen und kann sich nicht mehr darauf berufen, dass ihm die Hände gebunden seien. Die Stiftung kann nach wie vor eigene Provenienzforschung betreiben, aber sie kann das Kunsthaus nicht daran hindern, Untersuchungen anzustellen.

Für die Provenienzforschung steht dem Kunsthaus auch das Archiv der Bührle-Stiftung zur Verfügung. Seit Ende des vergangenen Jahres befindet es sich im Kunsthaus, wo es öffentlich eingesehen werden kann. Die Stiftung Bührle bleibt nach wie vor federführend, wenn es um Restitutionsansprüche geht – sie bleibt ja auch Eigentümerin der Sammlung. Aber auch sie verpflichtet sich dabei ausdrücklich auf die heute international geltenden Richtlinien. Darauf kann sie behaftet werden. Ob sich die Stiftung erst unter dem öffentlichen Druck der vergangenen Monate dazu entschliessen konnte, diesen Paradigmenwechsel zu vollziehen, bleibt offen. Mit der Offenlegung der Leihverträge sind nicht alle Fragen geklärt und noch nicht alle Probleme gelöst. Entscheidend wird sein, wie das, was Schwarz auf Weiss zu lesen ist, in der Praxis gelebt wird. Welche Freiheiten sich das Museum nimmt, etwa in der Dokumentation von Emil Georg Bührle, und wie allfällige Ansprüche auf Werke konkret behandelt werden.

Die personellen Verflechtungen zwischen Bührle-Stiftung und Kunsthaus sollen aufgelöst werden: Christoph Becker tritt in den nächsten Monaten aus dem Stiftungsrat der Stiftung Bührle aus, Lukas Gloor aus dem Vorstand der Kunstgesellschaft. Klar wird beim Lesen der Verträge aber auch: Nach dem bisher geltenden Vertrag hätte das Kunsthaus Konzessionen machen müssen, die weit gehen.<sup>49</sup>

### Die Kritiker sind erfreut

Thomas Buomberger, Mitglied der IG Transparenz:

Grundsätzlich finden wir von der IG Transparenz die Veröffentlichung der Bührle-Leihverträge erfreulich, weil damit unsere wichtigsten Forderungen erfüllt werden. Nicht zuletzt, weil im neuen Leihvertrag festgehalten wird, dass die Provenienzen nach den Washingtoner Richtlinien und der Erklärung von Terezin erforscht werden sollen. Die Orientierung an diesen Richtlinien stellt einen Paradigmenwechsel dar, weil damit 80 bis 90 Werke aus der Sammlung Bührle, die bisher als Fluchtgut klassifiziert wurden, nochmals neu beurteilt werden müssen. Fraglich bleibt, ob und wie die

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Mario Poletti und Team: Streit um Bührle-Sammlung: Jetzt redet die Monet-Erbin, auf: Play SRF Rundschau (14 Min.), 26.1.2022

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Thomas Ribi: Sammlung Bührle: Jetzt ist der Leihvertrag öffentlich, wie es gefordert wurde. Und es zeigt sich – das Kunsthaus hat in wichtigen Punkten freie Hand, in: NZZ, 24.2.2022

Bührle-Stiftung auf Ansprüche eingehen wird, da es bei der Rückerstattung keine juristische Grundlage gibt, sondern letztlich um eine moralische Frage geht.<sup>50</sup>

Erich Keller, Autor des Buchs «Das kontaminierte Museum»:

Das Bekenntnis der Kunstgesellschaft zu den Washingtoner Richtlinien und der Theresienstädter Erklärung ist eine Selbstverständlichkeit. Die Provenienzforschung muss unabhängig sein, es ist darum nicht sinnvoll, dass die Kunstgesellschaft die Herkunft der Bilder erforscht. Die Forschungsfreiheit muss garantiert und in den Händen dafür geeigneter Expertinnen und Experten sein. Auf den ersten Blick ist für mich auch nicht klar, wie in einem Streitfall vorgegangen wird. Wer soll letztlich darüber entscheiden, ob Ansprüche auf Restitution gerechtfertigt sind? Auch hier wieder braucht es Unabhängigkeit, die letztlich nur eine nationale Kommission mit weitgehenden Kompetenzen garantieren kann. Festzuhalten bleibt: Die Problematik der Bührle-Sammlung wird weiterbestehen. Wie soll man mit einer Kunstsammlung, die es ohne Krieg nicht geben würde, umgehen - und das in einem Land, das sich der Neutralität verpflichtet sieht?

## Entgegnung Bührle-Stiftung:

Thomas Buomberger führt aus, das Bekenntnis der Stiftung zu den Washingtoner Richtlinien und zur Erklärung von Terezin sei ein Paradigmenwechsel. Dies trifft nicht zu. Die Stiftung hat diese Grundsätze stets anerkannt, auch wenn sie im alten Leihvertrag nicht ausdrücklich erwähnt waren. Die Behauptung, es müssten 80 bis 90 Werke aus der Sammlung Bührle, die bisher als Fluchtkunst klassifiziert worden seien, nochmals neu beurteilt werden, ist ebenfalls unzutreffend. Es sind bis heute lediglich fünf Werke, die als Fluchtkunst klassifiziert wurden. Ihre historischen Hintergründe wurden umfassend erforscht und publiziert. Erich Keller erklärt, die Provenienzforschung müsse unabhängig sein, weshalb es nicht sinnvoll sei, dass die Kunstgesellschaft die Herkunft der Bilder erforsche. Er fordert, die Forschungsfreiheit müsse garantiert sein. Diese ist garantiert. Die Stiftung hat ihr gesamtes Archiv dem Kunsthaus übergeben, wo es der Öffentlichkeit und insbesondere der Forschung vollumfänglich zugänglich ist. Die Forschung hat freien Zugang zu allen vorhandenen Informationen und Unterlagen. 51

## Stadtpräsidentin benennt Fehler

Tages-Anzeiger: Was würden Sie anders machen?

Stadtpräsidentin Corine Mauch: Stadt und Kanton gaben bei der Universität Zürich eine Forschungsarbeit in Auftrag, um die Sammlung im Kunsthaus historisch einzuordnen. Für dieses Projekt setzten wir einen Steuerungsausschuss ein. Von aussen hatte der Anschein entstehen können, als ob dieser die Forschungsergebnisse beeinflussen würde. Das traf nicht zu. Trotzdem würde ich heute auf einen solchen Ausschuss verzichten. Wir hätten uns auch früher Gedanken machen müssen über eine externe Beurteilung der Provenienzforschung. Wir wollten nicht parallel zu den Arbeiten der Bührle-Stiftung etwas Zusätzliches zum gleichen Gegenstand einleiten. Aber der Blick von aussen ist wichtig. Die Lehren wurden gezogen, das zeigt sich auch im neuen Leihvertrag.

Was ist darin besser?

Der alte Vertrag enthielt ein Ungleichgewicht zwischen den Vertragsparteien. Dieses ist nun ausgeglichen. Die Kunstgesellschaft und die Sammlung Bührle haben nun gleich lange Spiesse bei der Kündigung. Es gibt auch klare Vorgaben bezüglich Provenienzforschung sowie ein Bekenntnis zum Washingtoner Abkommen. Und das Kunsthaus erhält eine grössere Freiheit darin, wie es die Sammlung präsentiert.<sup>52</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Vgl. auch Luca Fuchs: Interview mit Thomas Buomberger: Bührle-Debatte: «Die Politik hat einfach schlicht versagt», auf: SRF Regionaljournal Zürich Schaffhausen, 27.2.2022 (ab 3:14 Min bis 20:48 Min.)

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Andreas Tobler: Geheimer Vertrag ist nun einsehbar, in: Tages-Anzeiger, 25.2.2022

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Beat Metzler: Interview mit Corine Mauch: «Ich habe die Heftigkeit der Debatte unterschätzt», in: Tages-Anzeiger, 26.2.2022

#### Eine Zwischenbilanz

In der Bührle-Affäre kam die zentrale Frage nach der Herkunft der Bilder jahrelang nicht aufs Tapet. Das Nicht-wissen-Wollen sei charakteristisch für den Umgang der Schweiz mit ihrer Geschichte, sagt der Historiker Jakob Tanner.

Tages-Anzeiger: Ist der Versuch, historische Brisanz unter den Tisch zu kehren, symptomatisch für die Schweiz insgesamt?

Jakob Tanner: Dem würde ich zustimmen. Der Soziologe Luc Boltanski sagte 1966 in seiner Studie «Le bonheur suisse», die nationalen Traditionen der Schweiz seien zur Ideologie des Bürgertums geworden. In einem Land, das im Ausland reich geworden ist, das durch Export, Offshore-Geschäfte, Transithandel, internationale Vermögensverwaltung, Kapitalflucht und Holdingprivilegien profitabel verflochten ist mit der Welt, wird eine hoch fiktive geistige Landesverteidigung im Zeichen nationalstaatlicher Souveränität gepflegt. Die Schweiz mit ihrem grossen Wirtschaftspotenzial sieht sich selbst als von aussen bedrohter, neutraler und humanitärer Kleinstaat. Über die Quellen des Reichtums will man nicht so genau informiert sein.

Man ist blind für einen Teil der Geschichte?

Das Paradox besteht darin, dass gerade ein reiches Land sich eine solche mentale Autarkie leisten und sich darin wohlfühlen kann. Im Fall von Bührle konnte sich ein Rüstungsindustrieller, der mit Nazi-Geschäften zum reichsten Schweizer aufstieg, als spendabler Mäzen inszenieren. In Zürich glaubte man, seine Kunstsammlung als etwas präsentieren zu können, was mit dieser grosszügigen Seite der Schweiz zu tun hat.

Man wusste ja schon lange, dass Bührle dank Waffengeschäften reich war. Es war nicht versteckt, aber es kam auch nicht richtig aufs Tapet. Weshalb?

Zur Bührle-Geschichte gibt es seit Jahrzehnten gute Studien. Schon 1981 erschien mit der «Bührle-Saga» eine informative Gegenschrift zur offiziellen Bührle-Festschrift. 2001/02 kamen die Berichte der UEK, der Bergier-Kommission heraus. Die Studie von Peter Hug zur Schweizer Rüstungsindustrie ist bis heute der Standard der Forschung. Auch in den Bänden zum Finanzplatz und zur Raubkunst finden sich substanzielle Kapitel zum Thema. 2015 lag gleichzeitig mit dem Baubeginn des Kunsthauses das «Schwarzbuch Bührle» vor. Die historischen Fakten lagen auf dem Tisch. Das Problem lag bei der Vermittlung in die Öffentlichkeit.

Sehen Sie Parallelen zu den Diskussionen in den 1990er Jahren um die nachrichtenlosen Vermögen?

Diese sehe ich deutlich. Die Schweiz hatte sich nach dem Holocaust auf den Standpunkt gestellt, es sei alles in Ordnung und jeder Kontoinhaber könne sein Geld unter Vorweisung gültiger Dokumente abholen. Es wurden unter Verweis auf die «Rechtssicherheit» sogar Totenscheine für die in den Vernichtungslagern Ermordeten gefordert. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden war das ein Hohn. In einer solchen Situation besteht die Pflicht, aktiv nach Konten zu forschen. Das ist in der Schweiz nicht passiert. Unter etwas anderen Bedingungen gilt das auch für Raubkunst und Fluchtgüter, also für das, was man heute «NSverfolgungsbedingten Vermögensentzug» nennt.

Wir haben in der Schweiz also nachrichtenlose Kunst?

Ja. Es entstand eine Art nachrichtenloser Kunst. Die Präsentation der Sammlung Bührle führt das plastisch vor Augen.

Was ist nun zu tun?

Die UEK stellte in einer Medienmitteilung drei Forderungen: Erstens eine unabhängige Evaluation der Provenienzforschung der Bührle-Stiftung und zweitens eine grundlegende Überarbeitung des Dokumentationsraums im Kunsthaus. Drittens braucht es ein nationales Gremium, das strittige Restitutionsfälle in Übereinstimmung mit den Prinzipien von Washington und Theresienstadt fair und gerecht löst, sei es durch Empfehlungen oder bindende Entscheidungen. Man muss insbesondere die Ansprüche der Opfer gemäss der völkerrechtlichen Verpflichtung ernst nehmen, so wie es das Kunstmuseum Bern mit seiner Provenienzforschung zur Sammlung Gurlitt anstrebt.

Es gibt im Kunsthaus 32, wenn nicht 52 Bührle-Bilder, bei denen Forschungsbedarf besteht. Bei einem so grossen Projekt stellt sich auch die Frage nach den Kosten. Wer zahlt?

Es gibt verschiedene Finanzierungsmodelle. Zu berücksichtigen ist, dass das Ausstellen der Bilder im Kunsthaus auch den Wert derjenigen Bilder steigert, die in Privatbesitz der Bührle-Erben verblieben sind. Um eine Sozialisierung der Kosten bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne zu verhindern, wäre eine Schenkung die beste Lösung. Ich habe diese Anregung schon vor der Kunsthaus-Eröffnung gemacht.

Man kann eine Schenkung nicht verlangen.

Das ist eine politische Forderung. Hier spreche ich als Bürger, nicht als Historiker. 53

## März 2022

## Forschung zum Arbeitslager Velten

Die grünen Gemeinderäte Markus Knauss und Markus Kunz forderten vom Stadtrat einen ausreichend dotierten Forschungsbericht zur Geschichte der Frauen, die im deutschen Lager Velten zur Arbeit gezwungen worden waren. Dabei handelte es sich um ein Aussenlager unter der Kontrolle des KZ Ravensbrück und später des KZ Sachsenhausen. Das Lager stand im Dienst der Veltener Maschinenbau GmbH Ikaria. Frauen aus zahlreichen Ländern produzierten dort die von Bührle entwickelte Flügelkanone. Unter welchen Bedingungen illustrierte Knauss eindrücklich mit Zitaten von Zeitzeuginnen, welche dieses Frauenlager überlebt hatten. «Nur durch ihre Arbeit können wir heute Bührles Bilder im Kunsthaus betrachten», sagt Knauss. Denn der Waffenhändler verdiente an jeder in Velten produzierten Kanone 10 Prozent des Verkaufspreises. Die Resultate des Forschungsberichts sollen künftig im Kunsthaus «in adäquater und würdiger Form dokumentiert und vermittelt werden», forderten die Postulanten.<sup>54</sup>

## **April 2022**

### Visionen

Studierende der ETH und der ZHdK gehen im neuen Kunsthaus Zürich der Frage nach, wie die Architektur auf die Provenienzfrage der Bührle-Sammlung regieren könnte. Die Vorschläge waren vielfältig. Der grossen Halle soll die Öffentlichkeit gegeben werden, die ursprünglich von der Jury des Architekturwettbewerbs versprochen worden war. Der Raum soll für Wochenmärkte und Yogakurse geöffnet und mit der CaféBar nebenan verflochten werden. Ebenfalls Thema war ein möglicher Befreiungsschlag für den Heimplatz: Eine Verkehrsumleitung quer durch das Kunsthaus hindurch. Die unterirdische Passage mit ihrer langen Marmorbank würde hinfällig und könnte zur Sauna umfunktioniert werden. Auch war an den Beiträgen der Studierenden eine gewisse Unzufriedenheit mit der durchgerasterten Fassade abzulesen. Diese stärker aufzubrechen, als dass die bestehenden Fenster tun, wurde als architektonisches und symbolisches Potential erkannt. 55

#### Mai 2022

## **Der Neue**

Philipp Hildebrand ist neuer Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft. Er wird vor allem Krisenmanagement betreiben müssen. Der Streit um die Sammlung Bührle ist noch nicht ausgestanden. Der ehemalige Präsident der Schweizer Nationalbank und heutige Vice Chairman des Vermögensverwalters Blackrock war der einzige Kandidat für das Amt, das nach dem frühen Tod von Anne Keller Dubach im vergangenen Herbst vakant geworden war. Philipp Hildebrand wird vor allem mit der Debatte um die Sammlung Bührle beschäftigt sein.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Martina Läubli und Gordana Mijuk: Interview mit Jakob Tanner: «Eine Schenkung wäre die beste Lösung», in: NZZ am Sonntag, 27.2.2022

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Corsin Zander: Forschungsaufträge für Bührle-Sammlung vergeben, in: TA 21.3.2022

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Nicolàs Egon Wittig: Können wir das Kunsthaus retten? In: Hochparterre, 19.4.2022

Bis zum Sommer will die Kunstgesellschaft bekanntgeben, wie die unabhängige Expertenkommission organisiert und besetzt sein soll. Viel Zeit hat Philipp Hildebrand also nicht. Man erwartet konkrete Schritte. Und ganz einfach ist es nicht, unabhängige, neutrale Sachverständige zu finden.<sup>56</sup>

# August bis September 2022

#### **Runder Tisch**

Es tut sich etwas in Zürichs heikelstem Kunstdossier: Die Stadt und der Kanton gaben zusammen mit der Zürcher Kunstgesellschaft, der Betreiberin des Kunsthauses, die nächsten Schritte in der Aufarbeitung der umstrittenen Sammlung Bührle bekannt. Staatsrechtsprofessor Felix Uhlmann wurde für die Leitung eines zweistufigen Verfahrens engagiert, das die bestehende Herkunftsforschung der Kunstsammlung des Zürcher Waffenhändlers, die seit vergangenem Herbst im Erweiterungsbau zu sehen ist, überprüfen soll. In einer ersten Phase wird Uhlmann einen runden Tisch mit einberufen. Dieses Gremium soll darüber beraten, wer schliesslich die bestehende Provenienzforschung zu den Werken der Sammlung Bührle extern überprüft.<sup>57</sup>

Auffällig ist, wer neben Uhlmann am runden Tisch sitzt: Es sind nicht Vertreter von Stadt, Kanton und Kunsthaus Zürich, sondern die Kritiker der Bührle-Sammlung. Da sind etwa Thomas Buomberger und zwei weitere Vertreter der IG Transparenz, die sich lautstark dagegen gewehrt haben, im Kunsthaus Werke aus ehemals jüdischem Besitz auszustellen. Da ist auch Erich Keller, der mit seinem Buch «Das kontaminierte Museum» die Aufnahme der Bührle-Sammlung ins Kunsthaus grundsätzlich infrage stellte. Da sind unter anderem auch mehrere Vertreter jüdischer Verbände.

Die erste, konstituierende Sitzung des runden Tisches hat am 19. September 2022 stattgefunden. Mitglieder des runden Tisches sind Valérie Arato (Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund), Tobia Bezzola (Icom Schweiz), Konrad Bitterli (Vereinigung Schweizer Kunstmuseen), Thomas Buomberger (IG Transparenz), Yves Fischer (Bundesamt für Kultur), Moritz Hany (Assistent Delegierter), Tanja Hetzer (ehemalige Unabhängige Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg), Erich Keller, Markus Knauss (IG Transparenz), Jacques Lande (Israelitische Cultusgemeinde Zürich), Ralph Lewin (Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund), Tessa Rosebrock (Schweizerischer Arbeitskreis Provenienzforschung), Esther Tisa Francini (Schweizerischer Arbeitskreis Provenienzforschung), Felix Uhlmann (Delegierter), Benno Widmer (Bundesamt für Kultur).<sup>58</sup>

## Die neue Kunsthaus-Direktorin

NZZ: Eine Sammlung wird Sie ganz besonders beschäftigen: die Sammlung Bührle. Mit ihr treten Sie kein einfaches Erbe an. Ein vergiftetes?

Ann Demeester: Ich glaube nicht, dass es vergiftet ist, aber es ist ein kompliziertes Erbe. Für mich als Optimistin gibt es aber keine unlösbaren Probleme. Und die Probleme rund um die Sammlung Bührle haben nicht allein mit dieser Sammlung oder mit dem Kunsthaus zu tun. Sie haben auch mit dem Zeitgeist zu tun, der vom Willen bestimmt ist, die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Wie meinen Sie das?

Jetzt betreibt man in der Schweiz überall notwendige Provenienzforschung. Dabei geht es nicht nur darum, wie man das richtig macht, sondern auch darum, wofür man es überhaupt macht. Das Ziel solcher Anstrengungen sind ja nicht einfach Fakten, sondern man muss über die Fakten zu fairen und gerechten Lösungen kommen. Die Probleme um die Sammlung Bührle führen auch zur Frage, woher die Geldströme für die Kunst fliessen. Auch das ist ein Thema, für das sich unsere Zeit interessiert, wenn man zum Beispiel an die Diskussionen in Amerika um die Spenden der in den Opioidskandal verwickelten Mäzenatenfamilie Sackler denkt. Aber auch die Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat mit Bührle zu tun. Ich denke, Bührle wird noch viele Diskussionen aufwerfen.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Thomas Ribi: Streit um die Sammlung Bührle: Ex-Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand übernimmt am Kunsthaus Zürich, in: NZZ, 31.5.2022

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Pressemeldung (ebi/aho): Ein Staatsrechtsprofessor betreut die Nachforschungen zur Bührle-Sammlung, in: Tages-Anzeiger, 29.8.2022

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Christoph Heim: Wie Felix Uhlmann die Sammlung Bührle durchleuchten will, in: Tages-Anzeiger, 23.9.2022

Seit kurzem ist das Kunsthaus für die Provenienzforschung der Sammlung Bührle verantwortlich. Soeben wurde ein runder Tisch einberufen, der die bisher geleistete Arbeit überprüfen soll. Die Arbeit verläuft auf verschiedenen Ebenen. Was heisst das für Sie konkret?

Provenienzforschung muss ein Museum heute sowieso leisten in Bezug auf die eigene Sammlung. Das gilt nicht nur für die Sammlung Bührle. Die Aufgabe des runden Tisches besteht darin, die Methodik der Provenienzforschung der Stiftung Bührle zu überprüfen. Es wird Stichproben bei einzelnen Werken geben, um sicherzustellen, dass das alles korrekt und zeitgemäss nach internationalen Standards abgelaufen ist. Aber wir warten nicht, bis der runde Tisch seine Arbeit gemacht hat, wir forschen weiter und stehen im Austausch mit Museen in Basel und Bern.

Sie haben auch den Auftrag, die Sammlung Bührle neu zu kontextualisieren.

Ich denke, wie wir die Sammlung Bührle zeigen, ist ein endloser Lernprozess. Wir werden sie Ende 2023 nach einem Symposium als Ausstellung neu präsentieren, mit den historischen Hintergründen. Auch diese Präsentation wird kritisiert werden. Wir müssen aber auch die Kunstwerke schützen, damit sie selber wieder sichtbar werden. Man kann sie nicht aus ihrem historischen Kontext herauslösen, aber sie sind auch nicht bloss Beweisstücke in einem Kriminalprozess.

Das Kunsthaus steht unmittelbar neben dem Schauspielhaus? Sehen Sie Potenzial für eine Zusammenarbeit?

Ja, ich glaube nicht an Separatismus. Mit Zusammenarbeit lässt sich sehr viel gewinnen, nicht in finanzieller Hinsicht, aber unter kulturellen Aspekten. Wir planen, mit dem Theaterspektakel zusammenzuarbeiten, vielleicht auch mit dem Landesmuseum. Mit dem Literaturhaus gibt es dieses Jahr schon ein konkretes Projekt. Ich glaube, dass sich Konkurrenzdenken nicht lohnt. Kooperation ist für alle inspirierend, und letztlich macht man das ja für das Publikum. 59

März 2023

## **Ein offener Prozess**

Im vergangenen Herbst hatten die Stadt Zürich und das Kunsthaus beschlossen, die Provenienzforschung der Stiftung Bührle, die seit anderthalb Jahren im Kunsthaus Zürich ausgestellt ist, von unabhängigen Fachleuten überprüfen zu lassen. Nun wird bekannt, wer diese Arbeiten leiten soll. Der aus Fachleuten und Interessenvertretern bestehende runde Tisch, der im September 2022 eingesetzt worden ist, schlägt Raphael Gross als unabhängigen Experten vor.

Die Kompetenz, einen Fachmann einzusetzen, hat dieser nicht. Das Mandat muss formell von der Stadt Zürich und dem Kunsthaus erteilt werden. Das soll in den nächsten Tagen geschehen.

Die Aufgaben der unabhängigen Evaluation sind in einem Mandat geregelt, das vom runden Tisch festgelegt wurde. Es besteht zum einen darin, die bestehende Forschung daraufhin zu prüfen, ob sie methodisch korrekt und im Einklang mit den internationalen Richtlinien durchgeführt wurde. Raphael Gross soll auch Empfehlungen darüber abgeben, wie allfällige Lücken oder Versäumnisse behoben werden. Und schliesslich soll er mit Blick auf die Zukunft Empfehlungen zum Verfahren geben. Die Evaluation soll die Transparenz schaffen, die ein öffentliches Museum über ihre Bestände bieten muss.

Die Ergebnisse der Überprüfung sollen im Frühling 2024 vorliegen. Allerdings beginnt mit der Einsetzung von Raphael Gross ein offener Prozess. Ann Demeester, die Direktorin des Zürcher Kunsthauses, hat bei ihrem Amtsantritt im Herbst vergangenen Jahres betont, für ein Museum sei es eine Daueraufgabe, die eigene Geschichte und die Geschichte seiner Objekte aufzuarbeiten. Die Sammlung Bührle sei ein Teil der Geschichte der Stadt Zürich und der Schweiz, der man sich heute stellen müsse. 60

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Philipp Meier und Thomas Ribi: "Emil Bührle gehört zu Zürich, damit müssen wir klarkommen": Kunsthaus-Direktorin Ann Demeester will Debatten anstossen – und Geschichten erzählen, in: NZZ, 29.9.2022

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Thomas Ribi: Sammlung Bührle: Der Historiker Raphael Gross soll die Provenienzforschung der Stiftung prüfen, in: NZZ, 2.3.2023

#### Wachsam bleiben

Die IG Transparenz ist erfreut über die Mandatierung von Raphael Gross. Die Vertreter der IG Transparenz haben in den Diskussionen des Runden Tisches wiederholt darauf insistiert, dass im Mandat die Erforschung des historischen Kontextes und der individuellen Biografien der jüdischen Vorbesitzer festgeschrieben werden muss, um ein umfassendes Bild der Erwerbungen von Emil G. Bührle zu erhalten. Gerade das fehlt in der bisherigen Forschung durch die Bührle-Stiftung.

Für den Erfolg dieser Forschung ist es zentral, dass die damals involvierten Kunsthändler, bzw. deren Nachkommen, aber auch die Familie Bührle uneingeschränkten Zugang zu ihren Archiven gewähren. Die IG Transparenz appelliert an diese und andere privaten Archivbesitzer, der Forschung von Raphael Gross keine Steine in den Weg zu legen.

Die IG Transparenz würde es begrüssen, wenn Raphael Gross nach einer Einarbeitungszeit die Öffentlichkeit über seine Methodik, seinen Forschungsansatz und erste Zwischenergebnisse informieren würde.<sup>61</sup>

29.3.2023

<sup>61</sup> IG Transparenz: Medienmitteilung zur Mandatierung von Raphael Gross, auf: Website, 2.3.2023